

Reden zur 3. Lesung der Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2008

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Janitzki und Herr Merz, die Kleinsten fangen an, fange ich also an. Mit den Worten, ‚Geld ist besser als Armut‘ aber nicht nur aus finanziellen Gründen und optimistisch gesehen, das kalkulierbare Minus in den nächsten Jahren deutlich reduzieren zu können, beschrieb der Kämmerer die Situation des vorgelegten Haushaltsplanentwurfes. Wenn man jedoch die Zahlen und Fakten analysiert, so muss man feststellen, dass die gewählten Formulierungen die Lage fast schon verharmlosen. Der hier vorliegende Entwurf befindet sich am Rande des Zulässigen. Jeder Privatunternehmer müsste mit einer solchen Bilanz bankrott anmelden, wenn nicht, so würde er sich vor den Schranken des Gerichts wiederfinden. Auch wir, die Stadtverordneten, die dafür ihre Zustimmung erteilen sollen, sollten uns keinen Illusionen hingeben. Ein solcher Haushaltsplan gefährdet die finanzielle Autonomie und auch eine Aufsichtsbehörde kann dies nicht länger dulden. Mit einem Defizit von über 50 Millionen € kann von einer Entspannung in den nächsten Jahren überhaupt nicht die Rede sein.

Wie man sieht, ist diese Finanzlage nicht schicksalhaft und auch nicht gottgegeben. Die Stadt Gießen lebt seit der Regierungsübernahme der CDU/FDP mit wechselnden unterstützenden Partnern Freien Wählern und jetzt die Grünen, ganz einfach über ihre Verhältnisse. Es wurde und wird weiterhin zuviel auf Pump investiert. Wie wünschenswert auch die jeweiligen Maßnahmen sein mögen, es fehlt der Weitblick. Die Stadt Gießen verschuldet sich in einem Maße, dass die Situation jetzt schon aussichtslos und immer auswegloser sein wird. Banken und Kreditinstitute werden durch ihre Forderungen den finanziellen Spielraum immer mehr einschränken. Die Kosten tragen die Generationen nach uns. Dieser Haushaltsplanentwurf mit seinem Rekorddefizit ist ein Synonym für eine kaputte Gesellschaft, wo das Schaffen von eigenen Denkmälern über das Gemeinwohl gesetzt wird. Da hilft es auch nicht, dass der Eigenbetrieb MAB jetzt die Zeche der Verschuldung erheblich mittragen muss, denn das sind die Bürger eigentlich. Auf längere Sicht gesehen, kommen Sie nicht umher, die Gebühren zu erhöhen. Noch fährt der Eigenbetrieb, wie auch schon in den vergangenen Jahren, gute Einnahmen ein, so dass Gewinne an die Stadt zurückfließen und außerdem ein Betrag, wir haben es heute Abend gehört, von 1,3 Millionen € in die allgemeine Rücklage zurückgeführt werden kann, der dann für die Zins- und Schuldentilgung verwandt wird. Diesen Zaubertrick, der, wenn man genauer hinsieht, gar kein Trick ist, sondern eiskalte Berechnung, nämlich dem Bürger zweimal das Geld aus der Tasche zu ziehen und das noch unter der kaufmännischen Betriebsführung der Stadtwerke AG.

Meine Damen und Herren, es gibt Ursachen und es gibt Verantwortliche, zu beiden komme ich noch. Beispiel Rathaus-Neubau. Auch wenn für den Rathaus-Neubau 1,7 Millionen € weniger Vorsteuer abgesetzt werden können, so bleibt die Finanzierungsplanung mehr als fraglich. Noch in der Verabschiedung der Satzung Berliner Platz im Februar 2004 sprach der Fraktionsvorsitzende Möller von - Zitat -: ‚Meiner Kenntnis nach dürfte das ganze, incl. Sanierung, auf waren es 46 Millionen oder irgendetwas belaufen.‘ Nachzulesen auf Seite 34 des Stadtverordnetenprotokolls. Und weiter ‚Da ist gar nicht von 50 Millionen € die Rede, also

Sie hantieren hier mit falschen Zahlen, sie blenden die Öffentlichkeit und hantieren hier rum mit einer 50er Summe oder einer 25er Summe und lassen die Kernelemente weg. Und die Kleinigkeiten, die die Sache im Prinzip erst interessant machen, leugnen Sie oder erwähnen Sie einfach nicht. So kann man keine Politik machen. Sie versuchen, dieses Thema genauso aufzuziehen, wie viele andere Punkte auch. Sie lassen Wahrheiten weg, Sie nutzen Halbwahrheiten und rechnen die ganze Sache so zusammen, wie es Ihnen am Besten passt.'
Originalton Stv. Möller.

Meine Damen und Herren, die jetzige Regierungskoalition beschreibt exakt ihren eigenen Zustand. Sicherlich gibt es externe Faktoren die wir nicht oder nur schwer beeinflussen können, wie eben zunehmende Steigerung bei den Sozialhilfekosten, Kosten im Jugendhilfebereich aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und damit verbundene Arbeit in dieser Stadt. Harz IV, das hat unter anderem auch mit der vielzitierten Globalisierung zu tun. Die Märkte bewegen sich, und damit bewegen sich auch die Arbeitsmärkte. Von hier aus kaum zu steuern. Was uns hier in der Stadt bleibt, das ist die soziale Bewältigung. Was die Stadt nicht kann: Neue Arbeitsplätze aus dem Hut zaubern. Was die Stadt Gießen aber tun kann, aus der Sicht der Bürgerliste noch nicht effektiv genug tut, ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen um den Wirtschaftsraum Mittelhessen mit all seinen hervorragenden Standortbedingungen attraktiv zu machen. Dazu gehört ein Investorenfreundliches Klima und das beinhaltet nicht vorauseilenden Gehorsam bei allen Planungen und das Vertrauen auf gut gefüllte finanzielle Ausstattung des Investors. Dieses Ansinnen sollte auch in Absprache mit den Nachbargemeinden in gemeinsamer Planung möglich sein, um die jeweiligen Branchen für Ansiedlungen sowohl im gewerblichen aber auch im privaten Bereich. Die Stadt Gießen befindet sich in diesem Bereich aber noch im Dornröschen-Schlaf und die Verantwortlichen für die Bauplanung in Gießen sehen diese Stadt noch immer als ihre Festung an und alle, die nicht Oberzentren, sondern Unterzentren sind, nach Herrn Stadtrat Rausch, werden verbissen in ihre Schranken verwiesen. Da nutzt es auch wenig, wenn der Oberbürgermeister keine Gelegenheit auslässt, auf die gute Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen hinzuweisen. Diese existiert in der Praxis faktisch nicht. Die angrenzenden Kommunen werden auch in diesem Punkt, wie bereits zu früheren Zeiten, mit ihren Ansiedlungen an uns vorbeiziehen. So lange uns Herr Stadtrat Rausch weiterhin alle Ansätze in dieser Richtung verhindert. Also träumen wir weiter von der Großmannssucht des Oberzentrums und verschlafen damit wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. Der richtige Schritt in diese Richtung müsste von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, kommen, und zwar Sie sind für die Dezernatsverteilung zuständig. Ich fordere Sie hiermit öffentlich auf, entziehen Sie Herrn Stadtrat Rausch endlich die Dezernate für Planung und nehmen Sie diese selber in die Hand.

Damit sind wir auch schon bei den hausgemachten Problemen. Es wäre nämlich völlig verfehlt, wenn man nur auf die Vergangenheit, wie Sie es Herr Dr. Kölb getan haben in Ihrer Rede, verweisen würde. Das Palavern davon, dass in den 90er Jahren zuwenig Gewerbe- und Baugebiete ausgewiesen und in Folge eine Abwanderung in das Umland geschehen sei, kann nicht wirklich überzeugen. Einige Bauleitplanungen stammen nämlich aus den Schubladen der früheren Regierung und hatten zudem vor der Federführung von Herrn Rausch wenigstens noch Stil und Substanz - siehe Marktplatz. Wo ist das versprochene Flair und aktuell das Thema Beleuchtungskonzept? Ihre ganz persönliche Verantwortung der jetzigen Regierung ist die der Einnahmeverluste und das Rekorddefizit. Ein Ende der Verschuldung scheint noch lange nicht in Sicht. Denn nach Ihren eigenen Angaben ist es weiter erforderlich, in den kommenden Jahren Kredite aufzunehmen und zwar in Höhe von 40 Millionen Euro. Und das obwohl,

meine Damen und Herren, obwohl in den vergangenen Jahren die Genehmigung der Haushalte von Seiten der Aufsichtsbehörde nur mit dem Kurs der Haushaltskonsolidierung verbunden waren. Dabei müssen noch wichtige städtebauliche Gesamtziele genannt werden und ausgeführt werden, denn der bisherige Masterplan bietet lediglich eine Bestandsaufnahme und auch die heute Abend vorgelegten Bauleitplanungen reichen dazu nicht aus. Weiterhin ist es wichtig, die Stadtteile in die städtebaulichen Ziele mehr einzubeziehen. Es geht in den Stadtteilen um mehr als nur um die Neuansiedlung von Einkaufsmärkten oder neuen Gewerbegebieten. Eine Stadt, die sich auch Denkmäler fabriziert, wie z. B. neues Rathaus, und nach den Worten des Oberbürgermeisters bei der Neujahrsrede, auf ‚wir bauen die Stadt neu‘ setzt, schafft wohl Freude bei Herrn Stadtrat Rausch der aufgrund seiner Zuneigung zu Baggertätigkeiten den Überblick über das Ganze verloren hat, aber das hat keine Bedeutung für das Gesamtkunstwerk Stadt.

Gesellschaftliche Integration und sozialer Ausgleich sind ebenso wie die Siedlungsextraktion und Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlage aktuelle Herausforderung für die Stadtpolitik, neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das bisherige vor (nicht verständlich)... der Bauleitplanung sieht die Bürgerliste als schädlich an und enthält sich deswegen meistens oder stimmt dagegen bei den meisten Bauleitplanungen. Viel ist die Rede vom demographischen Wandel, bedingt durch den prognostizierten Bevölkerungsrückgang, es scheint für manche Städte sogar um alles oder nichts zu gehen. Ich denke, wir sind bei diesem Thema auch lange noch nicht am Ende. Meine Damen und Herren, in meiner heutige Haushaltsrede habe ich mehrerer wichtige und zentrale Punkte angesprochen. Dabei will ich es belassen, da meine Vorredner je nach Konstellation der Regierungsverantwortung oder Opposition ausführlich weitere Gründe beleuchtet haben.

Ich möchte sie stattdessen auf eine kurze Zeitreise mitnehmen. Stellen Sie sich vor, wir schreiben das Jahr 2018 und wie üblich halten zu dieser Zeit die Fraktionsvorsitzenden ihre Reden. Meine Rede als Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste, mit zahlreichen Mitgliedern, prognostiziert von Frau Weigel-Greilich, könnte wie folgt beginnen:

„Der Haushaltsplanentwurf für die Stadt Gießen für das Jahr 2019 gibt, wie schon in den Vorjahren, wenig Grund zur Freude. Bereits in den vergangenen Jahren wurden uns Konsolidierungen versprochen, die uns immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen wurden, aber mittel- und langfristig keine Wirkung gezeigt haben. Nachdem fast alle Einsparmöglichkeiten in der Vergangenheit ausgeschöpft wurden, mussten wir erneut Teile unserer Vermögenssubstanz opfern. In der Folge mussten wir die Bäder, beginnend mit dem Freibad Lützellinden, und das Stadttheater schließen. Ein besonderes Ärgernis ist nach wie vor der Marktplatz, der nach Tieferlegung zur optischen Verschönerung und die Innenstadtsanierung, deren Restfertigstellung nach umfangreichen Kanalsanierungsarbeiten und Abriss des Kugelbrunnens unter Beteiligung der Straßenbeitragssatzung an den Kosten in den Jahren 2009/2010 mangels Finanzierbarkeit nicht mehr erfolgen konnte.

Eine nochmalige drastische Verwaltungsreform hat bedauerlicher Weise zur Entlassung eines Teils der städtischen Angestellten geführt. Dabei blieben allerdings die Stellen der Bürgermeisterin, die weiterhin wahrheitsgemäß bei jeder Wahl nur für drei hauptamtliche Stellen plädiert, und die des selbst gewählten Stadtrats Rauschs von der Kürzung unberührt. Der verbleibende Teil der Verwaltung wurde bereits im Jahre 2012 nach der letzten Kommunalwahl zu einem einzigen Dezernat zusammengeführt unter der Regie von Herrn Stadtrat Rausch. Denn leider fehlten auch nach der Wahl die nötigen Stimmverhältnisse, um

dessen Abwahl vollziehen zu können. Hartnäckig verweigert die SPD die Zusammenarbeit mit den Linken, so dass eine Regierungsmehrheit von SPD, Grünen und Linken nicht zustande kommen konnte. Kommissarisch wird die Stadt von Herrn Haumann verwaltet, denn eine endgültige richtige Entscheidung, die Herrn Haumann oder Frau Grabe-Bolz zum Oberbürgermeister/zur Oberbürgermeisterin macht, steht schon seit Jahren aus. Mögliche Neuwahlen haben die Bürger per Bürgerentscheid vereitelt. Die jetzt freigewordenen Räumlichkeiten des neuen, jetzt 92 Millionen € teuren Rathauses, sind seither an eine Supermarktkette vermietet, die dort 24 Stunden durchgehend ihr Sortiment anbietet und nach Worten von Herrn Rausch dazu dienen soll, der lästigen Konkurrenz aus den Umlandgemeinden, hier vor allem nach Ausweisung des Gewerbegebietes Pfaffenpfad, etwas Paroli zu bieten. Da jedoch auch diese Mieteinnahmen nicht mehr ausreichen, zumindest den Schuldendienst abzudecken, mussten in den vergangenen zwei Monaten auf Anordnung des Aufsichtspräsidiums im Rahmen einer öffentlichen Auktion die wertvollen Gegenstände beweglicher und unbeweglicher Natur versteigert werden. Mit dem Erlös der Maßnahme konnten jedoch wenigstens Abschlagszahlungen der Gehälter für die noch verbleibenden städtischen Bediensteten gezahlt werden. Dass wir uns jedoch und das ist tragisch, auch in den nächsten zwei Jahren von unserem Schmuckstück dem Kulturrathaus trennen müssen, schmerzt sehr. Es ist nicht gelungen, trotz des Verkaufs des Aktienpaketes an der Stadtwerke AG, Verkauf des Eigenbetriebes MAB, dessen Investor sich inzwischen eine golden Nase verdient und weiteren Privatisierungen im Kindergarten und im Schulbereich die Schuldenlasten senken. Bürger und Gewerbetreibende fliehen unter der Last der steigenden Abgaben in die Nachbargemeinden, die sich dank der steigenden Bevölkerungszahlen, Senkung der Kreisumlage und Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes zu Inseln der Glückseligkeit gemauert haben.

Weit entfernt ist unsere Stadt als Wohnort mit hoher Qualität. Wegen der schlechten finanziellen Situation, aber auch aufgrund des Widerstands der FDP gegen die Grüne Bürgermeisterin, konnten Gebäude und zukünftige Baugebiete nicht nach den neuesten energetischen Gesichtspunkten saniert und umgesetzt werden. Ruhezone wie der Botanische Garten vielen ebenfalls dem Privatisierungsdiktat, vorangetrieben von der FDP, zum Opfer. Trotz Ansiedlung vom Autohof und eines Großinvestors in der Industrie- und Gewerbefläche Lützellinden, blieben die Steuereinnahmen aus. Mittlerweile wird sogar geprüft, ob der Stadtteil Lützellinden an die Stadt Linden veräußert werden kann, da weitere Investitionen wie Kanal, Bau einer biologischen Kläranlage und Umgehungsstraße in Lützellinden von der Stadt Gießen nicht finanziert werden können. Mit dem mehreren Millionen-Erlös aus dem einzigartigen Deal des für ganz Hessen einmaligen Loswerdens eines unliebsamen Stadtteils wird gehofft, einige Finanzlöcher zu stopfen. Einziger Lichtblick ist jedoch, dass der private Investor des Stadthauses wenigstens zugesagt hat, dass die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung weiterhin kostenlos abgehalten werden können und der Besuch der angesammelten Schmuckstücke im Kulturrathaus zumindest zeitweilig für die Gießener Bürgerschaft kostenlos zugänglich gemacht werden können.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich mit diesem geschilderten Szenario überzeichnet habe. Denn noch schreiben wir das Jahr 2008 und der Ernst der Haushaltslage dürfte allen bekannt und bewusst sein. Stattdessen wünsche ich mir eine Haushaltsrede so beginnen zu dürfen:

„Meine Damen und Herren, wir dürfen uns alle über das Erfolgsmodell ‚Stadt Gießen‘ von Herzen freuen. Seit Politik und Verwaltung vor etwa 10 Jahren zu einer konstruktiven und

vertrauensvollen Arbeit, frei von Parteipolitik, zurückgefunden haben, seit dem wir alle wieder an einem Strang ziehen, geht es kontinuierlich aufwärts. Die unter der jetzigen Federführung des Stadtoberhauptes geführte Wirtschaftsförderung, hat seither hervorragende Arbeit geleistet. Jahr für Jahr ist es gelungen, unter einer vorhandenen Bauleitplanung in vorhandenen Flächen Betriebe anzusiedeln, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Jeder Auszubildende bekommt auch einen Ausbildungsplatz. Stadt und Umlandgemeinden vermarkten ihre Flächen als Wohn- und Gewerbeflächen professionell gemeinsam und wurden dadurch überregional und international bekannt. Die maßvolle Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes hat zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen beigetragen. Die so finanzierbaren Infrastruktur-, Natur-, Kultur-, Bildungsmöglichkeiten lockt junge Familien an, die das gute Angebot von Service und Betreuungseinrichtungen begeisterte. Aber auch die ältere Bevölkerung zeigte sich zufrieden mit dem für sie zugeschnittenen Angebot der Vernetzung von Angeboten, Pflege-, Einkaufs- und sonstigen Dienstleistungsangeboten. Die verschiedenen Kooperationsvereinbarungen mit dem Landkreis auf kultureller, bildungspolitischer und sozialpolitischer Ebene, waren zwar mit einigen Geburtsfehlern behaftet, dennoch haben auch sie dazu geführt, dass wir überall in der Region beispielhaft kostenlos Betreuungseinrichtungen in ausreichender Zahl anbieten konnten. Sogar jedem Kind konnten wir ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung stellen. Die Gebührenabgaben für die Bürger konnten zum Teil gesenkt werden, zumindest blieben sie stabil. Von den Rücklagen konnten wir auch den Erhalt der Schwimmbäder sichern und notwendige Investitionen in erneuerbare Energien fördern. Der Erhalt der Sicherung des sozialen Friedens blieb nicht nur ein oft strapazierter Begriff, sondern wurde in vielseitiger Weise in der Praxis umgesetzt. Die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Gießen fühlten sich ernst genommen in ihren Anregungen und Vorschlägen. Das zeigt die vielfältige Arbeit der einzelnen Gruppen und stetig wachsende Wahlbeteiligung. Meine Damen und Herren, ich hoffe die letzte Variante meiner Rede wird zum Tragen kommen.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, nach diesem Ausflug in die Science-Fiction-Literatur kommen wir jetzt erst mal wieder zu den harten Dingen des Jahres 2008. Meine Damen und Herren, mit dieser Rede fasst die Stadtverordnetenfraktion der Freien Wähler - wie im vergangenen Jahr - die 2. und 3. Lesung zum Haushalt 2008 zusammen. Dabei muss, wie bereits im vergangenen Jahr, die Frage erlaubt sein: Warum werden überhaupt Haushaltsreden gehalten! Weder die Presse, vielleicht mit ein oder zwei Sätzen je Fraktion, geschweige denn die Gießener Bevölkerung interessieren eigentlich die hier gehaltenen Reden. Ob wir viel reden, ob wir wenig reden, ob wir geistreich reden, ob wir lustlos reden, sachlich oder fast polemisch, außer uns Parlamentariern selbst hört uns eigentlich kaum jemand zu. Trotzdem – es gehört nun einmal zu den Ritualen einer Haushaltsdebatte, dass man mit der Verabschiedung eines Haushaltes auch die Politik des Magistrates und der jeweiligen Koalition bewertet und natürlich auch die eigenen Vorstellungen zur Stadtpolitik im Stadtparlament vorträgt.

Zunächst einmal zu dem jetzt zu verabschiedenden Haushalt für das Jahr 2008. Für uns erschreckend ist die Diskrepanz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben im Verwaltungshaushalt. Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 steigen zwar die Einnahmen voraussichtlich um ca. 2,3 Millionen Euro, den Einnahmen steht aber eine Ausgabensteigerung von rund 157,6 Millionen Euro 2007, auf jetzt 169,2 Millionen Euro für 2008 gegenüber. Dies bedeutet eine Steigerung in der Diskrepanz zu 2007 von etwa 4% zu jetzt fast 9,9% des

Gesamthaushaltes. Dass die Einnahmen steigen, liegt in erster Linie an dem Gemeindeanteil der Einkommenssteuer, die für das Jahr 2008 von einer Erhöhung um ca. 2,5 Millionen Euro ausgeht. Dem steht aber eine Verringerung der Gewerbesteuer um 6% von bisher 29,1 Millionen auf jetzt 27,4 Millionen Euro gegenüber. Die eigentlich positiv zu bewertende Bautätigkeit in Gießen, insbesondere bei den öffentlichen Gebäuden, der Universität, den Schulen, Krankenhäusern usw., trägt jedoch nicht zu einer Steigerung des Gewerbesteueraufkommens bei. Seit Jahren gehen die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Gießen kontinuierlich zurück, obwohl die Stadt Gießen bei einem Gewerbesteuersatz von 420% mit an der Spitze der Gewerbesteuersätze in Hessen liegt, so wie man dies erst vor wenigen Tagen der Presse nachlesen konnte. Im Internet gibt es allerdings auch eine wunderschöne Statistik, wo man sich das ansehen kann.

Dazu trägt mit bei, dass jetzt nach über 10 Jahren seit der Antragstellung die Erschließungsmaßnahmen für das Gewerbegebiet in Gießen-Lützellinden jetzt erst begonnen haben, nachdem sich dort ein Autohof ansiedeln will. Dies war bereits zu Beginn unserer Beteiligung an der damaligen Koalition in Gießen Gesprächsgegenstand. Nachdem damals der Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen den Autohof nicht realisieren wollen, hätten wir uns gewünscht, dass sich der Magistrat bzw. die Wirtschaftsförderung auf die Suche nach anderen Möglichkeiten der Gewerbeansiedlung umsieht. Dazu gehört aber auch, dass man – wie bei den Umlandgemeinden – erschlossene Gewerbegebiete vorhält, und nicht erst dann mit der Erschließung anfängt, wenn sich ein potentieller Bewerber zur Ansiedlung entschließt. Außerdem ist unserer Auffassung nach die Konzentration von potentiellen Gewerbegebieten allein im Bereich von Gießen-Lützellinden falsch. Es gibt weitere Bereiche in Gießen die sich zur Ansiedlung von Gewerbe eignen – wenn man dies will!!! Auch eine Kooperation mit Umlandgemeinden halten wir nach wie vor für richtig, und dies nicht nur im Südbereich zur Entwicklung eines Gewerbebestandes Pfaffenpfad. Auch in weiteren Bereichen wäre dies möglich, und natürlich erst recht in Verbindung mit einer zukünftigen Vermarktung der Gewerbeflächen im freiwerdenden US-Depot.

Nicht die prozentuale Erhöhung der Gewerbesteuer bringt uns Mehreinnahmen in die Stadtkasse, sondern die Ansiedlung von Gewerbebetrieben auf schnellstmöglich zur Verfügung stehenden Flächen, und dies dann ggf. auch noch in Verbindung mit einer Senkung der Gewerbesteuer, um die Stadt gegenüber den Umlandgemeinden konkurrenzfähiger zu machen. Dies wäre für uns eine zukunftsweisende Stadtpolitik. Nicht reagieren, sondern agieren! Im Vorfeld alles schaffen, damit schnellstmöglich gehandelt werden kann. Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass wir bereits in naher Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt, ohne Inanspruchnahme einer neuen Verschuldung vorgelegt bekommen. Solange wir aber die erhebliche Investition für unser neues Rathaus stemmen müssen, wird sich dies noch eine Weile hinziehen. Wir sind nach wie vor als Freie Wähler uneingeschränkt für den Bau des neuen Rathauses, das ja auch jetzt kurz vor der Fertigstellung steht. Wir erwarten aber auch, dass die Kosten nicht weiter steigen. Die insgesamt jetzt im Verwaltungshaushalt Ausgabenhöhe von über 12 Millionen über die Einnahmen erfüllt uns Sorge. Auf der anderen Seite - und diese Frage konnten sich auch die übrigen Oppositionsfraktionen nicht beantworten - wo soll den eigentlich richtig gespart werden?

Nach unserer Auffassung weder im Sozialbereich, weder im Schulbereich, noch bei unserem Stadttheater, geschweige denn beim Personal, was ja immerhin ein Kostenanteil von 29% am Gesamthaushalt ausmacht. Die Frage ist, wo können wir denn überhaupt sparen, um diese 12

Millionen Euro Defizit einzusparen. Ich habe den Haushalt genauso wie Sie auch gelesen und mir ist dazu - leider muss ich sagen - nichts eingefallen.

Trotzdem noch einige wenige Bemerkungen zu den Haushaltsansätzen. Mir ist unverständlich, dass im Vorbericht erklärt wird, dass die Erhöhungen im Besoldungsbereich des öffentlichen Dienstes aufgrund der derzeit laufenden Tarifverhandlungen bereits eingerechnet worden seien. Der prozentuale Anstieg bei den Personalausgaben beläuft sich insgesamt auf 2,1%, auch wenn dabei bereits ca. 5% Personalkostenerstattungen Dritter (Funkleitstelle, GIAG) eingerechnet worden sind. Im bin mal gespannt, ob sich diese Zahlen je nach Tarifabschluss halten lassen. Eine weitere Zahl aus dem Haushalt 2008 gibt uns zu denken. Beim Unterabschnitt 7200 - Müllabfuhr - sind für das Jahr 2008 Ausgaben in Höhe von genau 4 Millionen Euro für Benutzungsentgelt Deponien eingeplant. Dies ist die Summe, die die Stadt Gießen an den Kreis für die Müllentsorgung zu zahlen hat. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2006 betrug aber 4.564.513,86 Euro, und der Haushaltsansatz 2007 betrug immer noch 4,4 Millionen Euro. Dabei sind - wie man auch der Presse entnehmen konnte - nach wie vor Beträge in sechsstelliger Größenordnungen zwischen Stadt und Kreis Gießen aus den vergangenen Jahren strittig. Unabhängig von der ganzen Diskussion um die neue Müllsatzung im Kreis und den Vorwürfen von Herrn Rausch dazu, kann dieser Haushaltsansatz schlichtweg einfach nur falsch sein. Wie kann man nur pauschal 400.000,-Euro weniger in den Haushalt stellen, wenn bekannt ist, dass sich die Forderungen des Kreises nicht verändert haben? Wenn sich dies so auch bei anderen Haushaltsansätzen fortsetzt, ist zu befürchten, dass sich die tatsächlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt bis zum Ende des Jahres 2008 noch deutlich erhöhen werden. Lassen Sie mich noch auf einige andere Punkte einer Schlinger-Politik dieses Magistrates und der Koalition eingehen.

1. Das Stadtmarketing in Gießen kommt einfach nicht in die Gänge! Zuerst die Widerstände innerhalb des Magistrates, jetzt die Rangeleien um die Besetzung der Stelle eines Geschäftsführers. Die Einführung einer Stadtmarketing GmbH steht damit nicht gerade unter einem besonders günstigen Stern. Wir bleiben auch nach wie vor bei unserer Auffassung, dass zu einem vernünftigen Stadtmarketing auch die Wirtschaftsförderung gehört.
2. Die BID`s in Gießen sind etabliert, rührig und haben eine positive Ausstrahlungskraft für die Stadt Gießen nach außen geschaffen. Dies kann man nicht oft genug positiv herausstellen. Wenn dann aber vom Magistrat Knüppel zwischen die Beine geworfen werden durch unqualifizierte und im höchsten Maße undiplomatische Äußerungen, so wie dies in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung bei der Frage der Neugestaltung der Innenstadtbeleuchtung geschehen ist, ist mir unerklärlich. Taubendreck auf einer Lampe hat nichts mit einem Beleuchtungskonzept zu tun, sondern eher etwas mit einer schlechten Reinigung durch die Kräfte der Stadt. Dies - so wie dies Herr Rausch auch in der Presse darstellte - als Beweis für ein nicht auf Gießen übertragbares Beleuchtungskonzept darzustellen, gehört wohl eher in die Kategorie eines Faschingsscherzes der vergangenen Saison. Aber zu diesem Thema kommen wir ja später noch einmal als Tagesordnungspunkt.
3. Der Bau einer Restmüllverbrennungsanlage am Leihgesterner Weg wird von uns positiv begleitet. Die Unabhängigkeit in der Energieversorgung der Stadt von großen Energiekonzernen ist ein richtiger Weg, den die Stadtwerke hier beschritten haben. Dies aber jetzt von der von den Grünen gestellten Bürgermeisterin, so wie dies am Dienstag der Presse zu entnehmen war, gleich zu einem Rundumschlag zu nutzen, halten wir für absolut falsch. Nur auf freiwilliger Basis, sowie durch die Schaffung von Anreizen lässt sich ein

Umdenken in der Bevölkerung erreichen. Mit einem Anschlusszwang für Fernwärme und der dazu notwendigen Schaffung einer Satzung, treibt man Bürger und Gewerbetreibende aus der Stadt. Dies gilt im Übrigen auch für den Zwang zum Einbau von solarenergetischen Anlagen, so wie dies in Marburg vorgesehen ist. Natürlich sind wir für Fernwärme, natürlich sind wir für Solarenergie. Aber es muss nach wie vor dem Einzelnen überlassen bleiben, für welche Art der Energieversorgung er sich entscheidet. Wir leben hier doch nicht im Kommunismus, auch wenn die Linken dies vielleicht gerne hätten. Zwang ist immer der falsche Weg. Ich bin gespannt, wie sich CDU und FDP in dieser Frage verhalten werden.

- 4. In diesem Jahr wird noch einiges in Bezug auf die freigewordenen Flächen im US-Depot und bei den US-Wohnungen zu tun sein. Hierzu sind unsere Vorschläge von der Koalition einfach vom Tisch gefegt worden. Das Herauspicken von Rosinen aus dem großen Kuchen halten wir für falsch. Ein Gesamtkonzept zur städtebaulichen Entwicklung des Gesamtgebietes fehlt genauso wie auch die Ansätze zur Überlegung, wie man die Gewerbeflächen im US-Depot in Zukunft nutzen könnte, unabhängig von evtl. Altlasten und allen Problemen die damit zusammenhängen.*

Zusammenfassend lassen Sie mich für die Freien Wähler feststellen:

- Ein Defizit von 12 Millionen Euro im Haushalt 2008 halten wir eigentlich für untragbar.*
- Wie an einzelnen Beispielen aufgeführt, entfernt sich der Magistrat und die Koalition aus CDU, Grünen und FDP immer mehr von einer bürgernahen, bürgerfreundlichen und der Gesamtregion dienenden zukunftsweisenden Stadtpolitik.*
- Die Ablehnung sämtlicher Haushaltsanträge der Opposition (bis auf die, die sich durch Koa-Änderungen einfach nicht ablehnen ließen) und unabhängig davon, dass wir die meisten Oppositionsanträge auch abgelehnt haben, zeigt mehr als deutlich, dass sich diese Koalition und der Magistrat immer mehr auf das hohe Ross einer satten Mehrheit zurückziehen, bei der die Opposition eigentlich nur ‚schmückendes‘ Beiwerk ist.*
- Man kann sich an manchen Stellen nicht des Eindrucks erwehren, dass auch aufgrund unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der Koalition einfach Änderungsanträge der Opposition abgebügelt werden. Hier hat man um des Koalitionsfriedens willen bei einigen Anträgen den Kopf in den Sand gesteckt und zähneknirschend den anderen Partnern nachgegeben.*
- Die bisher kleinen Akzente, die diese Koalition setzte, sind mehr auf den neuen Koalitionspartner Grüne zurückzuführen – die aber, wie im Fall der Zwangsanschließung bei Fernwärme nicht von uns mitgetragen werden - denn auf Visionen der anderen Partner.*
- Die Gegensätze im Magistrat zwischen dem Oberbürgermeister und den anderen CDU-Stadträten sind nach wie vor unverkennbar. Hier wäre ein diplomatischeres Verhalten der Akteure in der Öffentlichkeit hilfreicher, denn es geht dabei auch um die Außenwirkung der städtischen Politik. Dies haben wir bereits bei der letzten Haushaltsrede angeprangert, aber geändert hat sich im vergangenen Jahr leider nichts. Wir als Freie Wähler haben Herrn Haumann bei dem Wahlkampf zum Oberbürgermeister tatkräftig unterstützt, sonst wäre er heute wahrscheinlich nicht Oberbürgermeister! Aber – Herr Haumann – haben Sie endlich einmal auf Tisch, damit auch die Gießener Bevölkerung merkt, wer in Gießen das Sagen hat. Es kann doch nicht angehen, dass Sie sich immer die Butter vom Brot nehmen lassen oder man Ihnen auf dem Kopf herumtanzt! Sie sind der Oberbürgermeister der Stadt Gießen und damit allen Bürgern verpflichtet, und nicht nur der Koalition!*

- *Wie ich bereits darlegte, entspricht der Haushalt 2008 in Teilen nicht den von uns gestellten Erwartungen. Eine Zustimmung zum Haushalt 2008 können Sie daher nicht von uns erwarten. Aber im Interesse eines zu genehmigenden Haushaltes durch den RP werden wir uns diesmal noch einmal der Stimme enthalten. Dies deswegen, weil wir gerade im Sozial- und Schulbereich und beim Rathausbau mit Ihnen eine ähnliche Politikauffassung haben.*
- *Dem steht gegenüber, dass wir 18 Anträge der SPD und der Linken abgelehnt haben und nur 7 Anträgen zugestimmt haben, wobei hinzukommt, dass das, was jeweils als Deckungsvorschläge gemacht worden ist, nämlich bei der SPD bei der Mittelzuweisung für die Schülern aus dem Kreis bzw. bei den Linken die Gewerbesteuer, dass dies eigentlich Luftnummern gewesen sind und wenn man alles zusammenrechnet, was die Opposition von SPD und Linken gefordert haben, komme ich auf einen Betrag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen auf fast 1,5 Millionen zusätzliche Ausgaben, die als Defizit dann zu Buche geschlagen hätten. Schauen Sie sich Ihre eigenen Anträge noch einmal an und rechnen sie alles noch einmal durch.*
- *Meine Damen und Herren, der nächste Haushalt für das Jahr 2009 wird aber auch für uns im Hinblick auf die weitere Entwicklung in der Stadt, der Einführung eines Doppik-Haushaltes und der allgemeinen politischen Ausrichtung des Magistrates für die Stadt Gießen zum Prüfstein unseres Abstimmungsverhaltens für den dann kommenden Haushalt werden.*

Diesmal werden wir dem Haushalt 2008 nicht zustimmen, wir werden uns der Stimme enthalten und wir danken ausdrücklich der Verwaltung, hier der Kämmerei, für die geleistete Arbeit zum Haushaltsentwurf 2008.“

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion:

„Meine Damen und Herren, kein neuer Schuldenrekord, so wird der Kämmerer, Herr Dr. Kölb, von einer Gießener Zeitung zitiert, anlässlich der Fragerunde im Hauptausschuss zu dem Haushaltsentwurf für 2008. Kein neuer Schuldenrekord, dieses Zitat wird sogar die Überschrift des Zeitungsartikels im November. Vergeblich habe ich auf ein Dementi dieser Falschmeldung gewartet. Was war der reale und richtige Kern dieser Meldung. Gleich zu Beginn der Sitzung informierte Herr Dr. Kölb den Ausschuss, dass sich der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2007 positiver darstelle, als bei der Drucklegung des Haushaltsentwurfes. In der gedruckten Fassung betragen die gesamten Schulden der Stadt Gießen inklusive der Schulden für den ausgelagerten Eigenbetrieb MAB rund 208 Millionen €. Nun konnte der Kämmerer diese Zahl korrigieren, statt 208 sind es jetzt nur noch 185 Millionen € Schulden. Das ist sicherlich eine positive Nachricht, trotzdem muss ich feststellen, 185 Millionen € Schulden ist für die Stadt Gießen ein neuer Rekord. Seit 2004 erhöht diese Koalition Jahr für Jahr diese Schulden. Ende 2004 waren es 161,5 Millionen €, 2005 165 Millionen €, 2006 174 Millionen €, 2007 185 Millionen € und für Ende dieses Jahres geht der uns vorgelegte Haushaltsentwurf von insgesamt etwa 237 Millionen € Schulden aus. Auch wenn ich die 22 Millionen € abziehe, um die sich der erwartete Schuldenstand für 2007 verringert hat, kalkulieren Sie mit 215 Millionen € Schulden für Ende dieses Jahres. Das ist Schuldenrekord, das sollte man nicht versuchen zu verschleiern. Dazu kommt noch der Fehlbedarf von rund 12 Millionen € im Verwaltungshaushalt, ebenfalls ein Rekorddefizit.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht ist der vorgelegte Haushalt, ein Haushalt der negativen Rekorde. Die Höhe der Schulden ist an und für sich für uns LINKE

nicht der entscheidende Maßstab zur Beurteilung der Politik. Es ist aber ein Kriterium, was bei Ihnen, der regierenden Koalition, besonders wichtig ist. Gerade die CDU, als sie hier noch Opposition war, hat Rot/Grün regelmäßig in diesem Punkt kritisiert. Ihre eigenen Maßstäbe erfüllen Sie nicht. Für uns ist wichtiger bei der Beurteilung der Schulden, wofür das Geld ausgegeben wird, hier erklären sich die steigenden Schulden hauptsächlich aus den Kosten für das Rathaus. Vor fünf Jahren, als die Diskussion über den Bau eines neuen Rathauses begann, waren wir, damals noch als PDS, nicht prinzipiell gegen ein neues Rathaus. Im Gegenteil, wir hatten schon in unserem Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2001 ein neues Kulturrathaus gefordert, wo auch abends noch Leben ist, durch Cafés, Kneipen und Kultur. Vor vier Jahren haben wir uns aber gegen diesen Neubau zum damaligen Zeitpunkt und in der vorgelegten Form gewandt. Aus folgenden Gründen: Weil die Kosten für das Rathaus zu Lasten von notwendigen Ausgaben im sozialen Bereich gehen würden, das haben wir erlebt, die Ausgaben für den Kindergartenbereich sehr langsam vorangeht, den hätten wir schon wesentlich früher machen können, weil wir ein besonderes Kulturhaus wollten, ein besonderes Kulturrathaus wollten, das die Stadt Gießen attraktiver macht, nicht einen solchen, eher mittelmäßigen Zweckbau, aufgrund der geringen finanziellen Mittel, das wollten wir nicht. Und, weil das Projekt, wie das hier in Gießen oft so ist, im Hau-Ruck-Verfahren durchgepeitscht wurde, ohne irgend eine städtebauliche Konzeption oder Einbindung.

Genau diese Befürchtungen und Warnungen sind eingetreten. Wahrscheinlich wird auch das neue Rathaus seine Nebenrolle direkt neben einem Großkino Gießen zum Ziel von Exkursionen von Architekturhochschulen machen, um ihren Studenten zu zeigen, wie man es eben nicht machen sollte. Das genau der Tenor eines großen, ganzseitigen Artikels in der FAZ am 10. Januar 2008 über Gießen mit dem Titel, Lehrstunde, wie man es nicht machen darf. Es war nicht die TAZ, sondern die FAZ die das geschrieben hat, ich hätte gerne vorher - aber mir war klar, das einige diesen Artikel kennen - ich hätte gerne vorher einige Zitate vorgelesen und Sie raten lassen, aus welcher Zeitung. Ich glaube kaum einer, der das nicht gekannt hätte, wäre auf den Gedanken gekommen, dass das bei der FAZ ist. Es ist eine vernichtende Kritik unserer städtebaulichen Entwicklung hier in Gießen, in der natürlich nicht das E-Klo fehlt, aber auch nicht die Mall am Neustädter Tor, nicht der neugestaltete Marktplatz und auch nicht die Wartehäuschen, aber auch nicht das neue Rathaus. Ein Zitat mal zur Mall: ‚Einkaufszentrum, dass als Glaspalast annonciert worden war und doch nur ein unförmiger Kollos wurde, der den mühselig erarbeiteten Sanierungsplan hinfällig machte.‘ Allein als positiv für Gießen wird die von Baudezernenten Dammann beurteilt, weil er Zitat: ‚Erstmals seit langem wieder einmal ein städtebauliches Gesamtkonzept verfolgte‘ und das ist seit dem überhaupt nicht mehr gewesen. Ein Beweis für die städtebauliche Planung wäre ein weiterer Hammer, wenn wirklich die Kreisverwaltung ihr Gebäude verlassen würde in der Ostanlage. Dann hätte die Stadtverwaltung die freiwerdenden Gebäude übernehmen können und der gesamte Neubau wäre vorerst überflüssig gewesen. Wenn das eintritt, dann kann man nur von Verschwendung von Steuergeldern im großen Maße sprechen, denn was steht nicht alles jetzt schon in der Stadt Gießen leer an öffentlichen Gebäuden. Das neue Rathaus ist ein Beispiel für die fehlende städtebauliche Gesamtplanung und fehlende Kooperation z. B. mit dem Landkreis.

Der nächste Hauptpunkt unserer Kritik ist die mangelhafte Sozialpolitik. Bei der Einbringung des Haushalts hat Herr Dr. Kölb drei Kennzeichen für die Stadt Gießen angeführt: Sie sei von den Sonderstatusstädten einmal die einnahmenschwächste, zum anderen die sozialschwächste - nur nebenbei, ein Begriff, den ich als Begriff ablehne und die Stadt, die am meisten für Kultur und Sport ausgibt. Das klang ja verheißungsvoll, wenn er gesagt hat, dass die Stadt Gießen, die sozialschwächste ist. Aber was hat er für Konsequenzen daraus gezogen. In dem Haushalt

erkenne ich keine. Wenn in Gießen besonders viele Menschen mit geringstem Einkommen leben, dann muss doch die Konsequenz sein, dass für diese Menschen mehr als in anderen Städten getan werden muss und nicht weniger. Und das vermischen wir hier in diesem Haushalt. In der Vergangenheit, was ist denn geschehen, mit den Kürzungen des Landes, den Sozialkürzungen, hat es eine Kompensation gegeben, hier in der Stadt, nichts. Im Landkreis wurde in einzelnen Bereichen etwas gemacht. Wir haben es beantragt, keine Ausweitung des Gießen-Pass, das ist abgelehnt worden. Nichts Zusätzliches um das Los von so vielen Harz IV-Betroffenen zu lindern, nichts gemacht. Die Zukunft der Sozialen Stadt im Nordstadt Bereich ist unsicher. Ich bin gespannt, wie es ausgeht und ob das gleiche Niveau gehalten wird. Ich befürchte etwas anderes. Aber warum ist nicht ein zusätzlicher Bereich gemacht worden, warum ist in der Weststadt das nicht projiziert worden? ZAUG wird in Unsicherheit gesetzt, auch das ist ein Skandal. Auch einfach mal so der Stil und die Praxis: Der Großteil der sozialen Anträge der Opposition werden abgelehnt.

Ein weiterer Punkt ist die mangelnde Transparenz, die geradezu Politik ist, mangelnde Transparenz für den Bürger, aber auch für uns Stadtverordnete. Ich denke nur an diese unsägliche Geschichte, dass keine Kopien frei oder zum Selbstkostenpreis bei Offenlegung des Planungsverfahrens möglich sind. Ich denke nur an, was heute in den Anträgen nachher erscheint, dass sich noch nicht einmal die Stadtverordnetenversammlung einsetzt, appelliert an die Stadtwerke, die Kalkulation für die Tarife für Gas, Strom und Wasser offenzulegen. Klar, es wurde gerade gesagt, es wäre ein dicker Hund, aber das ist klar, für ...nein, ich brauche es nicht weiter kommentieren. Bezüge der Vorstände, passt in das gleiche Licht. Aber für uns, für unsere Arbeit gilt dass genauso, die Transparenz. Mehr Informationen fordern wir, statt wie es bisher geschehen, dass Informationen abgeblockt werden. Wichtige Vorhaben werden hinter verschlossenen Türen vorbereitet, keine Beteiligung bei der Entscheidung, es werden fertige Vorlagen uns vorgetischt, wo wir im Prinzip nur ablehnen oder zustimmen können. In die Beratung, in die Entscheidungsprozesse, kommen unsere Anregungen nicht. So geschieht es im Augenblick hinter verschlossenen Türen mit ZAUG, die ersten Schritte sind schon gemacht, von den Zweckbetrieben, von den vieren sind zwei in der Zwischenzeit schon verkauft. So ist es bei den Konversionsflächen der Amerikaner. Nichts wird uns offengelegt, es wird keine Gesamtkonzeption vorgelegt. Die Freien Wähler verlangen das seit einem Jahr - immer abgelehnt.

Keine Alternativen von Planungsvorhaben. Was in der Demokratie möglich und notwendig wäre, das man überhaupt entscheiden kann, nein. Der Landkreis, da kann man so was mal einfach mal. Das war auch ein CDU-Kreisbeigeordneter, der erklärt, für den Umzug oder für die weitere Zukunft der Kreisverwaltung will er sechs mögliche Alternativen vorlegen! Wir wären ja schon glücklich, wenn Herr Rausch eine Alternative mal bringen würde! Unsere Alternativvorschläge werden kategorisch abgelehnt, als undurchführbar abgelehnt. Konkret jetzt das letzte Beispiel, die Solaranlage auf dem neuen Rathaus wurde abgelehnt. Wegen haustechnischen Aufbauten sei dafür auf dem Dach kein Platz. Jetzt auf einmal kommt raus, es geht doch, diese technischen Undurchführbarkeitsgründe waren einfach nur ein Vorwand, einfach nur abblocken hier in der Stadtverordnetenversammlung. Und das ist leider Prinzip bei dieser Koalition. Noch ein kurzes Wort zu den Landtagswahlen. Ein Ergebnis wo wir uns alle drüber freuen können, die Wahlbeteiligung in Gießen ist höher gewesen, ist um ein Prozent gestiegen, während sie im Landesdurchschnitt gesunken ist. Ich denke, dass ist eine freudige, gute Nachricht. Da sollten wir mal überlegen, woran es liegt. Dann zu den Ergebnissen der Koalition: Ich glaube von der CDU, das weiß jeder, wichtig ist aber, dass das Ergebnis hier in der Stadt weitaus schlechter ist als das Ergebnis auf Landesebene. Hier in Gießen waren es

15% verloren, auf Landesebene 12%. Bei der FDP, die sich so freut über ihres Sieges, sie hat hier in Gießen minimal verloren!. Die Grünen, von 14,9 % auf 9,9% auf Landesebene, von 10,1% auf 7,5% in Gießen, also doch schlechter. Da müssten Sie sich doch auch Gedanken machen, woran das liegt. Dass uns, ich denke es muss auch Gießen spezifische Gründe haben, (Zwischenruf) Ja überhaupt nicht, ich würde Euch lieber vorschlagen, insbesondere den Grünen, doch noch einmal zu überlegen und vielleicht noch einmal in manchen Punkten mehr zu Euren Ursprüngen zurückzukommen. Denn das kann ich nur sagen, seit dem die Grünen in der Koalition sind, habe ich nicht viel von grünen Duftmarken gespürt, weder im ökologischen Bereich, am allerwenigsten im sozialen Bereich und nichts oder ganz wenig in dem Bereich ‚Mehr Demokratie‘ für diese Stadt. Ich danke Ihnen.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren: ‚Insgesamt sind wir auf einem guten Weg. Wir werden beim Rathaus Berliner Platz im Kostenrahmen bleiben und spätestens Anfang 2009 ein modernes Rathaus haben‘. Zu diesen Worten von Oberbürgermeister Haumann im Silvesterinterview 2007 und zu seinen neueren Ausführungen anlässlich des Richtfests im Oktober 2007, dass das - Zitat - ‚Dienstleistungszentrum für den Bürger für einen neuen Geist‘ stehe, möchte ich den Philosophen Konfuzius bemühen und mit ihm sagen: Schöne Worte sind selten wahr, wahre Worte sind selten schön!

Der schönen Worte im Zusammenhang dem Rathaus Berliner Platz sind leider schon viel zu viele gemacht worden. Meine Damen und Herren, die Gießener Bürger/-innen brauchen keine wohlklingenden, einschmeichelnden Phrasen, sondern sie brauchen klare und wahre Fakten und endlich mal das Ende der Fahnenstange Berliner Platz. Im Folgenden möchte ich erst ein kurzes Augenmerk auf den Haushalt legen, um dann auf den Magistrat, die Koalition zu sprechen zu kommen. Zum Haushalt hat mein Kollege, Herr Dr. Loheide, bereits Ausführungen zum Rekorddefizit gemacht. Die Worte des RP zum Haushaltsdefizit lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig, vor dem Hintergrund Neubau Rathaus mahnt, dass – ich zitiere – ‚in den nächsten Haushaltsjahren keine weiteren Investitionsmaßnahmen getätigt werden können, die nicht zwingend erforderlich sind.‘ Das heißt in klarer deutscher Prosa: Sie, die Schuldenkoalition, treiben die Stadt Gießen in die finanzielle und politische Handlungsunfähigkeit! Selbst dem Schlammbeißer ist inzwischen das Pflaster ‚Berliner Platz‘ zu heiß geworden. Er möchte lieber am jetzigen Standort bleiben und in Kauf nehmend den Blick auf den verpfuschten Marktplatz, statt symbolisch als Pleitegeier vorm ‚Stadtschloss‘ zu residieren.

Kommen wir zum Hauptamtlichen Magistrat. Der Magistrat ist ein Kollegialorgan, d. h. dort soll kollegial, wie der Name ja schon sagt und vertrauensvoll zusammengearbeitet werden. Die Realität ist: Tiefe Gräben, Streitigkeiten, fehlendes Vertrauen. Der Oberbürgermeister steht an der Spitze des Magistrats, doch Oberbürgermeister Haumann ist nicht einsame Spitze, sondern meist einsam an der Spitze. Zu dieser Situation trägt er selbst am meisten bei. Dazu einige typische Beispiele: Zu Beginn meiner Aufzählung möchte ich eines ganz unmissverständlich klarstellen, dass ich notwendigerweise kritischen Anmerkungen mache, die sich auf den Amtsinhaber und die Amtsführung beziehen, nicht aber auf die Person, den Menschen Heinz-Peter Haumann.

Beispiel 1: Unüberlegt und unkollegial: Das Parlament wird vom OB bezüglich der Gespräche mit dem Personal der Stadthallen GmbH zwecks Überleitung in die Stadtmarketing GmbH falsch informiert; Herr Haumann schiebt die Verantwortung auf Stadtrat Rausch.

Beispiel 2: Ungeschickt bis Unsensibel: Trotz rechtzeitig vorgetragener Einwände der Behindertenverbände findet der Neujahrsempfang erneut im Stadttheater statt.

Beispiel 3: Uneinsichtig: OB Haumann bewilligt die Mitbestimmung des Personalrats bei Ein-Euro-Jobs erst nach eindeutigen Gerichtsurteilen.

Beispiel 4: Unglaublich dreist: Nicht als Oberbürgermeister der Stadt Gießen, sondern als Langsdorfer Bürger mischt sich Haumann in den Bürgermeisterwahlkampf in Lich ein und hat damit, - jetzt zitiere ich den Gießener Anzeiger - ‚mit traumwandlerischer Sicherheit ein weiteres Fettnäpfchen getroffen.‘ Und weiter heißt es dort: ‚Zwar ist es kein Geheimnis, dass der Oberbürgermeister der Universitätsstadt es vorzieht, in Lich-Langsdorf zu wohnen und die Geschicke der Stadt sozusagen von außen zu leiten. Doch selber noch in einer Anzeige darauf hinzuweisen, dass er sich als ‚Langsdorfer Bürger‘ fühlt, der Lich als ‚unsere Stadt‘ sieht, muss jeden Gießener schon sehr nachdenklich stimmen.‘ Zitat Ende.

Dass angesichts solcher Fehlritte in der Amtsführung des OBs, dem ‚Schaffer‘ unter den Dezernenten, Stadtrat Rausch, manchmal der Hut hochgeht, ist allzu verständlich. Auch wenn er sich dabei bisweilen ein wenig vergaloppiert.

Dezernent Rausch hat einiges auf den Weg gebracht, und eins muss man ihm lassen: Man kann sich bei ihm darauf verlassen, dass er ein Schaffer ist. Man kann sich bei ihm aber auch auf das ‚Augen zu und durch!‘ verlassen.

- ‚Augen zu und durch!‘ bei der Neugestaltung Kreuzplatz und Kugelbrunnen.
- ‚Augen zu und durch!‘ bei der Gewerbegebietserschließung.
- ‚Augen zu und durch!‘ bei Straßenbaumaßnahmen wie in der Großen-Busecker-Straße, in Rödgen.
- ‚Augen zu und durch!‘ bei der Ignoranz des Beleuchtungskonzepts Innenstadt und so weiter und so fort.

Als Bürgerbeteiligungsmanager einer Stadt wäre Stadtrat Rausch sicherlich die ideale Fehlbesetzung, aber wenn er ein wenig mehr Offenheit für Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt hätte, wäre für die Stadt Gießen schon viel gewonnen, und noch mehr, wenn er ein wenig mehr nach dem Motto ‚Klasse statt Masse‘ handeln würde.

‚Stadtkämmerer trotz Rekorddefizit optimistisch‘ titelte die Gießener Allgemeine bei der Einbringung des Etatentwurfs 2008. Es drängt sich geradezu die Frage auf: Macht Herr Dr. Kölb gute Miene zu bösem Spiel? Hilflos erscheint die Weintrinker-Geste von Ihnen in Ihrem Leserbrief, Herr Dr. Kölb, als Sie dem ‚Cocktailmixer‘ zu widerlegen versuchen, seine Behauptung, Ihr Finanzierungskonzept Berliner Platz sei zusammengebrochen, sei falsch. Mag sein, dass Sie selbst am liebsten Rheingauer Riesling trinken – und bestimmt keinen schlechten wie ich Sie kenne –, den Giessener BürgerInnen muten sie einen ungenießbaren Schuldencocktail zu.

Auch wenn man Ihnen zugestehen muss, dass Sie in die bauliche Substanz der Schulen kontinuierlich investieren, bleibt Ihr Schulcocktail ebenso schlecht verdaulich: Konflikte mit gewalttätigen Cliques hat es zu Zeiten eines gut funktionierenden, sozial durchmischten

Schulsystems in Gießen nie gegeben. Sie haben Problemschulen geschaffen, die verbundenen Haupt- und Realschulen, und diese auch noch schlecht ausgestattet.

Entsprechende Vorschläge der SPD-Fraktion wurden von Ihrer Koalition immer wieder abgelehnt. Zukunftsorientierte Schulpolitik in Gießen bleibt also Fehlanzeige! Zur Koalition: Koalitionssprecher ist Herr Scherer von der FDP. Herr Scherer diktiert die Richtlinien, diszipliniert die Grünen, wenn sie mal auszubrechen versuchen und zurrt alles zu recht. Aufhorchen ließ der FDP-Fraktionsvorsitzende, der stets seine Klientel fest im Blick hat, als er ein ganz böses Wort in den Mund nahm, nämlich ‚eine Art Enteignung‘ sei in der Südanlage 10 nötig gewesen.

Weniger überraschend seine Ausführungen zur Privatisierung vom Reinigungspersonal der Stadt Gießen. Ich zitiere: ‚Die ganze Debatte um Mindestlohn ist eine Debatte, die gefährlich ist, die im Endeffekt zu einer Arbeitsplatzvernichtung führt.‘ Dreimal dürfen Sie nun raten, meine Damen und Herren, Zu welchem Thema diese Ausführungen von Herrn Scherer gemacht wurden: ‚Wir können es uns in einer Zeit knapper Kassen nicht gestatten, Aufwendungen zu vertreten, die mehr als das Doppelte von dem kosten, was sie kosten müssten. Denn wir beschließen als Stadtverordnete über die uns treuhänderisch zur Verfügung gestellten Gelder der Gießener Bürgerinnen und Bürger.‘

Sind dies Ausführungen Herrn Scherers zum Berliner Platz? Leider nein, es waren weitere Argumentationsversuche von ihm zur Privatisierung von Reinigungskräften.

‚Überteuert verschwenderisch bauen auf der einen Seite, aber mit Dumpinglöhnen auf Kosten der Arbeitnehmer/-innen billig reinigen!‘ Das ist eine Ohrfeige für alle dort Beschäftigten und offensichtlich wirtschaftlicher Sachverstand à la FDP.

Und wofür steht die – geschwächte – Möller – CDU?

Ein Beispiel mag genügen:

Im Gießener Stadtparlament - bei Anwesenheit etlicher besorgter Busfahrer - versprach Herr Möller: ‚Die Stadtwerke werden ihre Konzession für die Buslinien bekommen.‘ Im Landtag stimmte er der Regierungslinie zu, die ohne Not den Ausschreibungsweg wählte und die Stadtwerke gar zur Tariffucht aufforderte. Die Wähler/-innen haben gezeigt: Mangelnde Glaubwürdigkeit wird nicht honoriert!

Genauso wenig wie Selbstbedienungsmentalität. So titelte die Gießener Allgemeine: ‚Vorwurf ‚Genossenfilz‘ hat CDU längst eingeholt‘ und weiter ‚Solche Direktbeförderungen aus einer Fraktion in die Stadtverwaltung hatte es in 16 Jahren rot – grüner Regierungsverantwortung nicht gegeben‘. Soviel zur Möller-CDU.

‚Grün, grün, grün‘ sind alle die Kleider und vor allem die politischen Vorstellungen der Grünen schon lange nicht mehr in aller Konsequenz. Stattdessen waltet eine seltsame Melange aus sich staatstragend gebender Anpassung und kaum zu verbergenden Widersprüchen: Nur ein Beispiel von vielen:

- Bekunden die ‚Jungen Grünen‘ gar Sympathie mit den Genmaisfeld-Zerstörern, sind sich die ‚Alten Grünen‘ nicht zu schade, im Stadtparlament den SPD-Antrag zum Genmais zwecks Nichtbefassung von der Tagesordnung absetzen zu lassen.

Der Komiker Karl Valentin muss die missliche Lage der Grünen – auch im 2. Jahr Koalition - geahnt haben, als er sagte: ‚Mögen hätte ich schon wollen. Aber dürfen habe ich mich nicht getraut!‘ Vielleicht ist ja in der ZAUG- Positionierung ein ‚Dürfen getraut‘ möglich?

Ich komme abschließend zu folgendem Ergebnis: Auch im 2. Koalitionsjahr wurstelt das farblose Jamaika- Bündnis ideenlos, beliebig und leidenschaftslos vor sich hin. Inspiration und zukunftsorientierte Konzepte bleiben Fremdworte für diese Koalition und ihren Magistrat. Die Grundsätze ‚Masse statt Klasse‘ und ‚Nach mir die Sintflut‘ scheinen Ihre Orientierungen zu sein. Denn Sie sind im Begriff, einen nicht nur finanzpolitischen Scherbenhaufen zu hinterlassen. Mittel für angemessene und qualifizierte Kinderbetreuung, Ausbau der sozialen Dienste und zeitgemäße Ausstattung der Schulen im Ganztagsbereich und vieles andere mehr bleibt unerledigt. Aus der Verantwortung für dieses Desaster werden wir Sie nicht entlassen, bis in Gießen wieder eine finanziell solide und sozial solide Politik gemacht wird. In Anlehnung an das letzt jährige DGB- Motto zum ersten Mai ‚Du hast mehr verdient, Kumpell!‘, ende ich mit einer eindringlichen Aufforderung an Sie: ‚Du hast mehr verdient, Gießen!‘

Stv. Scherer, FDP-Fraktion:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, meine Damen und Herren von der SPD, vielen Dank für den Applaus. Vielen Dank auch Frau Grabe-Bolz für Ihren Redebeitrag. Ich muss gestehen, bei Ihren Vorrednern dachte ich zuerst, was impliziere ich eigentlich zu Beginn meiner Rede auf meine Vorredner, mir ist nicht viel eingefallen. Aber als Sie jetzt geredet haben, habe ich erst einmal ein bisschen Spaß gehabt, weil ich habe gedacht, es ist eine Oberbürgermeister-Wahlkampf-Rede. Aber das war es ja dann doch nicht, weil Sie haben dann ja tatsächlich noch einmal ein paar Punkte angesprochen in Bezug auf die Koalitionsarbeit. Und da muss ich sagen, wahrscheinlich haben Sie mich sogar richtig zitiert, weil ich habe gar nicht in meinen alten Reden nachgelesen, und Sie werden die mit Sicherheit gelesen haben, ich weiß nur, vielen Dank, dass Sie mich bestätigt haben, dass die Auffassung der Koalition in Bezug auf das Südanlage 10-Grundstück, richtig war. Denn dort wird jetzt gebaut. Das ist bei Ihnen nicht gelungen. Und der Kostenvergleich Berliner Platz und Reinigungskräfte ist ein bisschen arg weit hergeholt. Das wissen sie auch. Es sind nicht nur zwei verschiedene Haushalte, es sind auch zwei ganz verschiedene Themen. Aber ich komme zu der Seriosität der Haushaltspolitik auch zu der SPD werde ich noch kommen im Laufe meiner Ausführungen.

Lassen Sie mich zuerst einmal ganz allgemeine Worte sagen zum Haushalt 2008. In einem Punkt haben alle meine Vorrednerinnen und Vorredner recht: Die wirklich markante Zahl dieses Haushalts ist die 12. Das sind nämlich die 12 Millionen, die der Haushalt Unterdeckung im Verwaltungshaushalt ausweist. Das ist in der Tat eine klaffende Wunde und die macht keinem von uns Spaß. Das muss man ganz einfach konstatieren. Die Zahl ist erschreckend und sie verpflichtet uns alle zu einer extrem sparsamen Haushaltsführung. Sprich, wir müssen die Ausgaben so weit möglich auf das Notwendigste beschränken, und wir müssen auch neue Einnahmen so weit wie möglich generieren, wie immer das auch möglich ist. Der Magistrat und die Koalition, mit dieser Verantwortung oder sich dieser Verantwortung bewusst, hat hier versucht einen Haushalt vorzulegen, der diesen Vorgaben gerecht wird. Wenn Sie sehen, welche Änderungsanträge letztlich auch von der Koalition eingebracht worden sind, werden Sie sehen, dass wir nur ganz geringe Mehrausgaben in den Haushalt mit eingebracht haben, z. B. für die Straßensozialarbeit oder das Museumskonzept, welches wir für notwendig halten. Oder auch ein gemeinsam getragener Antrag, wo es um den Zuschuss für die Gießener Tafel geht. Mehrausgaben, die jetzt als politisch bezeichnet werden könnten, und nicht durch die

Verwaltungsarbeit getragen sind, sind um die 60 000 Euro. Sie sehen, wir haben selbst auf prestigeträchtige Forderungen bewusst verzichtet. Aber die von uns eingestellten Ausgaben sind notwendig, vor allem bedarf es des Museumskonzeptes zur Sicherung und Wahrung der Gießener Geschichte als Garnisonsstadt, ansonsten laufen wir Gefahr, dass dieser bedeutende Faktor der Gießener Geschichte in Vergessenheit gerät. Dem gegenüber haben wir aber auch etwas getan, um die Einnahmesituation zu verbessern. Wir haben etliche neue attraktive Wohngebiete ausgewiesen in der Vergangenheit, z. B. Schlangenzahl, und die Entwicklung der gewerblichen Flächen vorangetrieben. Und das wird auf absehbare Zeit, mittelfristig und langfristig, die Einnahmesituation in Gießen dauerhaft verbessern. Wir sind noch weiter gegangen. Wir sind an der Erschließung der Großgewerbefläche letztendlich in Lützellinden und der Technologiepark am Leihgesterner Weg steht am Beginn seines Werdens. Darüber hinaus fördern wir die Entwicklung Gießens als Zentrum für die Medizintechnik, unterstützen die Planung des Landes zum Umbau der Chemie und unterstützen auch die Umbaupläne des Rhönklinikums. Wir würden es natürlich auch sehr begrüßen, wenn eine angekündigte Investition dieses Unternehmens hier im Gießener Raum tatsächlich auch reifen würde. Wir drücken der Wirtschaftsförderung ganz heftig die Daumen. Dass die von dem Magistrat in dem Haushalt vorgelegten und in den Änderungslisten vorgeschlagenen Ausgaben im Verwaltungshaushalt von 170 000 Euro nötig sind, davon geht aber offenbar auch die Opposition aus. Denn mit ihren Änderungsanträgen haben sie jedenfalls nur geringe Einsparvorschläge gemacht, und betrachtet man diese genauer, erkennt man, dass kaum ein ernstgemeinter Einsparvorschlag übrig bleibt. Ich will mal anfangen. Da werden munter die Verfügungsmittel des Magistrats um 1820 €, man achte drauf, reduziert. Das ist wahrscheinlich der Ersatz für ihre alte Forderung nach einem Wegfall der vierten hauptamtlichen Stelle. Aber irgendwie müssen Sie das ja finanzieren, weil die ist ja inzwischen besetzt. Da werden, ach so ja, die Linken, nach dem Zuruf von Herrn Janitzki komme ich direkt schon drauf. Die erhöhen mal ganz locker, die Einnahmen bei der Gewerbesteuer um 500 000 €. Schön Herr Janitzki, das hätten wir gerne. Aber die Frage an Sie sei gestattet, wie wollen Sie sie erreichen? In dem Sie munter an dem Gewerbesteuer-Hebesatz-Schraube drehen, oder in dem Sie ansiedlungswillige Unternehmen von Ihren wirtschaftlichen Kompetenzen und sozialpolitischen Vorstellungen überzeugen. Da bin ich mal gespannt drauf. Und da wird von der SPD auch ganz munter der Zuschuss für den Verein ‚Gießener Meisterkonzerte‘ gestrichen, zum wiederholten Male beantragt, ohne einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass es dort eine Umstrukturierung gegeben hat und dass dieser Verein absolut ehrenamtlich arbeitet und einen ganz wichtigen Teil und Beitrag zur Gießener Kulturszene leistet, aber wir brauchen ihn offensichtlich nach Ihrer Ansicht nicht. Da werden die Ausgaben - das fand ich ganz bemerkenswert - für die Wartung der Lichtzeichenanlagen mal eben um 139 000 Euro knapp, gekürzt. Und die Kosten für die Unterhaltung der Gebäude und der baulichen Anlagen sollen auch zurückgefahren werden. Obwohl die Notwendigkeit für die Mehrausgaben durch den Magistrat ausführlich dargelegt wurde.

Meine Damen und Herren von der SPD, haben Sie eigentlich schon vergessen, dass sie so einen Einsparversuch schon einmal gemacht haben, das war nämlich vor 2001 und das hatte zur Folge, dass es einen ganz erheblichen Investitionsstau in die öffentlichen Gebäude in Gießen gegeben hat und das offensichtlich wollen Sie jetzt genau wieder so machen. Meine Damen und Herren, aus diesen Fehlern in der Vergangenheit haben Sie nichts gelernt! Und wie passt die Forderung nach der Verringerung der Unterhaltungskosten in die ständige Forderung der SPD, doch die Außenfassaden der Goetheschule zu erneuern. Sollte da vielleicht gewisse persönliche Motive Vater des Antrags gewesen sein, und wenn sie immer nur auf die Goetheschule abstellen, wie wichtig sind Ihnen eigentlich die Fassaden der anderen

Gießener Schulen. Da werden bei dem Ausbau und das ist auch, weil Sie auf den Berliner Platz gekommen sind, da werden bei dem Ausbau des Verwaltungsgebäudes Berliner Platz einfach mal 725 000 € zur Streichung beantragt und als Deckungsvorschlag unterbreitet, sie müssen ja irgendwo auf diesen Deckungsvorschlag, auf diese Kosten kommen, die Sie als Mehrausgaben gerne hätten. Aber meine Damen und Herren, das ist ja schon irgendwie putzig, denn das Gebäude steht ja schon und ich habe mich natürlich gefragt, wo wollen Sie denn eigentlich dieses Geld einsparen. Haben Sie vielleicht vor, die Mitarbeiter auf dem Fußboden arbeiten zu lassen, weil sie keine Möbel bekommen, oder wollen Sie eine ganze Etage einfach mal schließen und das Rathaus sozusagen unfertig stehen lassen und das Geld einfach dadurch einsparen. Wie Sie das eigentlich vorhaben, sagen Sie nicht. Ich meine, das ist unseriös, was Sie dort an Einsparvorschlägen gemacht haben. Kommen wir zu der Feststellung, dass den Wünschen der Opposition eigentlich keine wirklichen, ehrlich gemeinten Deckungsvorschläge gegenüber stehen. Dann sind wir bei dem Kern der Sache. Im Gegensatz zum Magistrat und der Koalition sieht sich die Opposition, allen voran natürlich die SPD, trotz der Unterdeckung im Verwaltungshaushalt nicht genötigt, ihre Forderungen nach Mehrausgaben dem Gebot der Sparsamkeit zu unterwerfen. Unisono wird mit der Kritik an dem Fehlbetrag munter beantragt, noch mehr Geld auszugeben. Das nenne ich doppelzüngig, und das ist Wasser predigen und Wein trinken!

Ich will mal etwas konkret zu den Anträgen auch kommen. Sie gehen ohne Scheu her und beantragen jede Menge zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und den Allgemeinen Sozialen Dienst. Sie eben selbst haben doch die Mitteilung zur Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidenten bemüht, dann haben Sie vielleicht auch den Satz gelesen, das der Stellenplan in Gießen eigentlich nicht ausgeweitet werden soll. Das interessiert Sie aber nicht. Sie holen sich nur das heraus, was sie da wohl sehen. Und Sie haben bei der Sache auch verschwiegen, dass Sie mit dieser Schaffung von Stellen, langfristig Ausgaben generieren. Sie erhöhen und treiben langfristig die Ausgabenseite der Stadt Gießen im Verwaltungshaushalt in die Höhe. Das wollen Sie, aber dies müssen Sie auch decken, und das decken Sie nämlich nicht, denn ganz überwiegend sind Ihre Deckungsvorschläge kurzfristige bedingt, und auch nur einmal zu erzielen. Das ist unseriös!

Zu den Anträgen der Linken fällt mir eigentlich nicht so arg viel ein, außer im Osten nichts Neues.Kassettenende

Wir haben es ja, immer rein in die Verwaltung und dann gleichzeitig die Mehrausgaben kritisieren. Das passt. Interessant fand ich auch immer wieder die Forderungen nach der Erhöhung des Zuschusses für die Verbraucherberatung, die, obwohl sie von der Stadt bereits gut unterstützt wird, noch einmal pauschal 5000 Euro dazubekommen soll. Sagen Sie mir noch einmal, für was denn ganz genau, das haben Sie nämlich nicht gemacht. Sie gucken überall, überall gucken Sie ganz pingelig, würde ich schon so sagen, nach den Ausgaben und nehmen alles auseinander. Aber da sind Sie willens und bereit, einfach mal 5000 € pauschal hinzulegen ohne das überhaupt ein konkreter Bedarf angemeldet wurde. Dass Sie bei ZAUG sogar der Meinung sind, dass man 230 000 € zusätzlich einfach mal so hinzulegen sollte, das spricht wieder für Ihre Großzügigkeit, was das Geldausgeben angeht. Das kann man nur so sagen. Aber Sie haben ja ein bestimmtes Motto und so langsam wird mir das Motto auch klar, es gibt da diesen schönen Spruch, den ich gehört habe, den habe ich ein bisschen abgewandelt, der passt eigentlich: ‚Gute Menschen teilen ihr Geld, Die Linke verteilt es.‘ Es dauert vielleicht bei manchen ein bisschen länger bis das kommt, gut aber. Es gibt aber auch erfreuliches, was die Opposition angeht und die Koalition angeht. Das sind nämlich ein paar

Anträge, die durchaus zeigen, dass man in diesem Hause auch an einem gemeinsamen Strang ziehen kann. Es handelt sich um die benötigten Mittel für den Ausbau der Ganztags-Betreuung an der Brüder-Grimm-Schule oder der Friedrich-Ebert-Schule oder um die Erhöhung der Zuschüsse für die Kontaktstelle Selbsthilfegruppen oder für die Anschaffung eines zweiten Kühlfahrzeuges für die Gießener Tafel. Diese Gemeinsamkeiten halte ich für wichtig, zeugen sie doch davon, dass man hier auch etwas gemeinsam auf die Beine stellen kann. Und ich möchte an dieser Stelle ganz einfach meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass diese einvernehmlich getragenen Änderungen am Haushaltsentwurf des Kämmerers der Opposition doch wenigstens ein tolerieren des Haushaltes abnötigt. Denn wie wollen Sie sonst z. B. den ehrenamtlich Tätigen, den Schülerinnen und Schülern und Lehrern der Schulen erklären, dass Sie gegen einen Haushalt stimmen, der Ihre eigenen Änderungsvorschläge enthält. Vielleicht reicht es ja auch für eine Enthaltung.

Es bleibt das Fazit, was den Haushalt angeht, dass wir 2008 vor einem schwierigen Jahr stehen, aber Sie können sicher sein, wir werden es bewältigen! Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz. Und vertrauen tun wir dabei auf unsere Politik des Fortschritts und der Veränderung und vertrauen in die dadurch bedingten Einnahmesteigerungen bei gleichzeitiger Ausgabedisziplin. So weit mein Part letztlich zu dem Haushalt.

Lassen Sie mich noch ein paar allgemeine Worte sagen, zu der allgemeinen politischen Lage. Zeigt es letztlich, denn allen Unkenrufen zum Trotz, arbeitet die Gießener Jamaika-Koalition geräuschlos, gut und effizient. Es gibt beispielhafte Ereignisse, wie z. B. das Stadtmarketing, wo es gelungen ist, einvernehmlich mit den BIDs und den Vertretern des Handels eine neue Gesellschaft auf die Beine zu stellen und sie wird dieses Jahr zeigen müssen, dass sie sich auch bewährt. Ich sehe auch die Genehmigung für die TREA als wichtigen Punkt an, der hier gelungen ist, gemeinsam von den Koalitionsfraktionen getragen und gemeistert zu werden. Es ist ein Kennzeichen der Koalition, dass die Entscheidungsfindung eben intern stattfindet und dadurch unterscheiden wir uns ein bisschen von früheren politischen Gruppierungen und Zusammenschlüssen in Gießen. Wir können aber auch durchaus politische Differenzen auch mal öffentlich zur Diskussion stellen, um den Wählern auch zu verdeutlichen, dass wir eigene politische Ansätze haben. Das ist dann unschädlich für die Zusammenarbeit, wie bei uns, wenn eine Konsensfindung möglich ist und die Schmerzgrenze des jeweils anderen Partners beachtet wird. Das war in der Vergangenheit der Fall, das wird es auch in der Zukunft sein. Da unterscheiden wir uns in der Tat von früheren Konstellationen. Wir haben auch noch einiges vor und wir werden im Jahre 2008 noch etliche Dinge in Angriff nehmen. Sei es die Fertigstellung des Rathauses mit dem neuen Kino und entgegen Ihrer Meinung bin ich nicht der Ansicht, dass dies ein abschreckendes Beispiel für Architekten wird, sondern ich bin der Meinung, dass dies im Endeffekt nachher einen Platz geben wird, der tatsächlich angenommen wird von den Gießener. Und Sie werden sehen, dass das Kino einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leistet, dort einen Platz der Kultur in Gießen mit neu zu schaffen und auch zu etablieren.

Wir haben noch unsere Hoffnung und wir werden dran arbeiten, dass der Technologiepark am Leihgesterner Weg voranschreitet, denn das ist eines der wesentlichen Entwicklungsgebiete in der Gießener Stadt in den kommenden Jahren. Die Sanierung von dem Bahnhofsvorplatz ist selbstverständlich bei uns immer noch ganz aktuell auf der Tagesordnung und sie wird auch dieses Jahr angegriffen werden. Wir haben auch in Bezug auf die Gewerbeflächen Rechtenbacher Hohl und Großgewerbefläche in Lützellinden etliches getan. Da ist es natürlich nicht ganz redlich - Herr Zippel, ich würde Ihnen ja gerne zustimmen wenn Sie sagen, man

hätte die Flächen alle schon entwickeln müssen, man müsste sie praktisch hinlegen bis jemand kommt und anbieten können, aber da machen sie natürlich einen kleinen Denkfehler. Um das zu entwickeln, müssen erst einmal Gelder verausgabt werden, das kostet nämlich richtig viel Geld, das zu entwickeln und solange Sie keinen anderen Eigentümer haben, muss die Stadt das Geld bezahlen. Das Geld wird erst einmal blanko hingelegt, die Erschließungskosten können sie keinem anderen aufdrücken. Da ist der Haken bei der Sache. Sie müssten richtig viel Geld investieren und dieses Geld haben wir nicht. Von daher ging es nicht. Es geht sukzessive und ich bin froh, dass diese Entwicklung dort auch ihren Fortgang nimmt. Wir werden natürlich auch bei den Konversionsflächen, bei den ehemaligen Kasernen die Flächen, eine große Aufgabe in Gießen zu bewältigen haben, die uns sicherlich alle noch etliche Male an dieses Pult bringen wird.

Ich muss aber auch eine etwas kritische Anmerkung machen, und zwar insoweit kritisch, was die Zusammenarbeit der Fraktionen mit dem Magistrat angeht. Sicherlich ist auch die Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen mit dem Magistrat gut, aber sie ist durchaus verbesserungsfähig. Es gab auch aus unserer Sicht im Jahre 2007 völlig überflüssige öffentliche Auseinandersetzungen innerhalb des Magistrats und Beispiele, wie die Kritik an der Außendarstellung Gießens auf der Gewerbefläche-Messe oder das Gerangel um die Stadtmarketing GmbH, sind aus unserer Sicht kontraproduktiv und beschädigen das Vertrauen in das Kollegialorgan Magistrat. Wir sind durchaus für Auseinandersetzung, der stehen wir nie im Wege und die werden wir auch immer suchen. Aber wir sollten schon versuchen, einen Weg zu finden, der diese Auseinandersetzung nicht so offen nach Außen trägt und in einer solchen Art und Weise auch das Vertrauen in den Magistrat beschädigt.

Wir sind auch nicht ganz zufrieden, das möchte ich an dieser Stelle auch äußern, mit gewissen Vorgehensweisen, wenn z. B. eine Planung vorgestellt wird für einen neuen Brunnen, die durchaus nicht so ganz abgestimmt ist. Oder wenn es um bestimmte Konzepte geht, die dem Magistrat vorliegen und die nicht weitergetragen werden zur Entscheidungsfindung an die Fraktionen. Das führt dazu, dass dann Mitglieder des Magistrats durchaus auch mal im Regen stehen können und ob das langfristig so gut ist, daran habe ich meine Zweifel. Es ist eine Zusammenarbeit notwendig zwischen dem Magistrat und zwischen den Koalitionsfraktionen jedenfalls, wenn es zu einer erfolgreichen Politik hier in Gießen kommen soll und wenn die fortgeführt werden soll. Ich möchte diese Stelle einfach mal nutzen, um daran zu erinnern. Denn es ist so, dass der Magistrat letztlich, mit Ausnahme des Oberbürgermeisters natürlich, von den Stadtverordneten gewählt wird. Das ist ein Umstand, den man durchaus ab und zu mal in Erinnerung rufen muss. Auch bei dem Oberbürgermeister, der ja direkt gewählt wird, ist es so, dass ein Wahlkampf durchaus auch die Unterstützung von der Kommunalpolitik, von den ihn tragenden Fraktionen notwendig macht. Fraktionen und Magistrat sind aufeinander angewiesen und das bedingt wechselseitige Unterstützung. Und diese wechselseitige Unterstützung sieht so aus, dass die Koalitionsfraktionen dem gewählten Magistrat bisher stets eine solche Unterstützung haben zu teil werden lassen. Ich gebe für meinen Teil zu, dass ich mir manchmal etwas mehr Unterstützung von dem Magistrat uns gegenüber erhofft hätte. Aber, meine Damen und Herren, es gibt immer auch positive Ansätze und positive Kritik. Ich sehe z. B. in diesem Haushalt, der vorgelegt worden ist, trotz des enormen Defizits im Verwaltungshaushalt, eine sehr gute Arbeit des Stadtkämmerers und möchte ihm dafür noch einmal ausdrücklich danken, auch seinen Mitarbeitern der Kämmerei. Ich danke natürlich auch Dr. Kaufmann für seine Arbeit als Kulturdezernent, das war für ihn mit Sicherheit kein leichtes Jahr, denn neben den ganzen Verpflichtungen im kulturellen Bereich, gab es natürlich so zwei ‚Sonder-Super-Veranstaltungen‘ zu absolvieren wie die Jubiläen der

Universität und des Stadttheaters und ich finde, dass diese Aufgabe von ihm mit Bravour gemeistert wurde. Aber Ausruhen gilt nicht, denn wir beschließen ja heute Abend auch eine neue Arbeit mit dem Museumskonzept, und das wird sicherlich auch noch einige Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Ich komme zum Fazit. Die Gießener Stadtpolitik läuft insgesamt unter dem Strich gut, und sie wird auch weiterhin gut laufen. Wir werden weiterhin fest daran arbeiten, dass es in Gießen noch besser wird. Die Opposition hat es gewissermaßen da etwas schwerer. Die SPD strotzt zwar im Land nur so vor Kraft, ja, ja Frau Grabe-Bolz, aber in Gießen habe ich noch nicht allzu viel davon gesehen, ehrlich gesagt. Aber ich habe mir mal die Mühe gemacht, die wichtigen politischen Akzente, die sie in den letzten Jahren gesetzt haben, aufzuzählen. Ich möchte es mal kurz tun:

..... (Schweigen) Sie sehen, so doll war das nicht. Aber mehr ist mir leider nicht eingefallen, tut mir leid.

Ein Wort noch zu den Freien Wählern. Ich konstatiere durchaus den Freien Wählern den Willen und den Einsatz für eine konstruktive Zusammenarbeit, das sehe ich durchaus. Manchmal bin ich ein bisschen irritiert über die Aussagen von Herrn Geißler, wenn er dann so sagt: das ist doch alles nicht wahr, was hier passiert. Herr Geißler, Sie hätten die Zeit gehabt, sich das vorher hier mal anzuschauen, dann hätten Sie gewusst, was auf Sie zukommt. Hinterher ist es immer schwierig, das zu kritisieren. Meine Damen und Herren, ich lasse es damit gut sein. 2008 wird ein hartes Jahr, aber wir wollen und werden es erfolgreich gestalten zum Wohle aller Gießener Bürgerinnen und Bürger.

Dr. Deetjen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren! Es juckt mir ja etwas in den Fingern, auf viele der Äußerungen der Opposition hier sofort Stellung zu beziehen, aber die Zeit drängt, ich muss fertig werden. Nur ganz lustig ist es, wie relativ doch die Anschauungen sind und wie zweckbezogen sie sind. Wenn ich die Aussagen von Herrn Zippel, von Herrn Janitzki, auch von Frau Grabe-Bolz in Bezug auf die Stellung der Grünen in dieser Koalition betrachte. Die einen meinen, das ist nur noch Grün in dieser Koalition, die hätten nichts mehr zu sagen, na ja, man ist zwar traurig, dass man nicht mehr dabei ist und die anderen hofieren ein bisschen, vielen Dank, dass wir vielleicht uns doch besinnen sollten in diese Richtung zu gehen. Also gut jetzt

Die Verabschiedung des Haushalts mit Ihren dazugehörigen Reden stellen einen der Höhepunkte im Parlamentsjahr dar. Sie sind - in Abhängigkeit der Position der jeweiligen Partei - auch nicht immer ganz einfach, besonders in der Regierungsverantwortung und noch schwieriger, wenn man aus der Opposition kommt und dann noch einer - ich will es einmal so ausdrücken - spannenden, weil noch sehr ungewöhnlichen Regierungskoalition angehört. Da habe ich schon meine Erfahrung gemacht. Diesmal habe ich mich aber richtig auf die Haushalts-Debatte gefreut. Einmal, das ist aber nicht der wichtigste Grund, weil ich fast nur in zufriedene Gesichter schaue: Die gerade zu Ende gegangene Landtagswahl in Hessen hat dazu geführt, dass 3 (und davon sind hier 2 in der Opposition) von den 5 im Landtag vertretenen Parteien mit dem Ergebnis hochzufrieden sind. Und wir haben, wie schon bemerkt wurde, jetzt 3 Landtagsabgeordnete hier in unseren Hallen. Wir sind glücklich. Da sieht man - metamorphosengleich - Gesichter lachend und strahlend, die ich bisher so nie gesehen hatte. Leider sehe ich auch jetzt sein Lächeln nicht. Als wenn Weihnachten 4 Wochen später stattgefunden hätte. Und wer hat die Geschenke verteilt? Wir, die Grünen! Mit unseren

Leihstimmen ist die SPD fast stärkste Partei geworden, die Linke ist deswegen geradeso, aber immerhin, in den Landtag gekommen. Und trotzdem, wir Giessener Grüne sind heute glücklich und zufrieden. Uns ist jetzt erst einmal - verständlicherweise - das Hemd näher als die Jacke. Wir sprechen heute über den Haushalts-Plan 2008 für die Stadt Gießen und müssen Rechnung ablegen über das vergangene Jahr. Und das ist der wesentlichste Grund meiner Freude. Voller Stolz können wir die Ergebnisse präsentieren.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen heute eine Erfolgsbilanz vorlegen, die noch vor einem Jahr kaum einer für möglich gehalten hätte, geschweige denn kurz nach der Koalitionsbildung. Alle Versuche, diese Koalition, insbesondere die Grünen hier im Hause durch Anträge, deren Sinnhaftigkeit und Glaubwürdigkeit selten erkennbar war, in der Öffentlichkeit durch Aktionen und Kampagnen, deren Absichten gut erkennbar waren, zu schwächen, sind gescheitert. Wir sitzen fest im Sattel. Wir haben alles fest im Griff Zwischenrufe (nicht verständlich) Danke, jetzt kommt endlich mal was von der Opposition, das klappt ja.

Wir haben - wie ich immer betone - in kleinen Schritten schon viel erreicht und gehen unbeirrt den eingeschlagenen Weg weiter. Das im Jahre 2007 meist zitierte Werk in diesem Hause, die Jamaika-Bibel, haben wir in gut einem Jahr (im Jahr 2006 konnten wir noch kaum konstruktiv agieren, die Gründe sind, glaube ich, gut bekannt) zu großen Teilen umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Das sehen Sie in den verschiedensten Haushalts-Positionen, die Ihnen meine Fraktionskollegin für den nicht unwichtigen Bereich Soziales und auch Verkehr bereits eindrucksvoll vorgestellt hat, und die sich in zahllosen Anträgen des Magistrates und der Koalitionsparteien niedergeschlagen haben. Ich muss Ihnen jetzt die weiteren Erfolge teilweise im Telegrammstil vortragen – ganz entgegen meiner Gewohnheit, schwierige Botschaften etwas zu verpacken, aber das ist ja auch keine schwierige, ganz im Gegenteil, sonst reicht die Zeit nicht. Aus diesem Grunde – und natürlich auch, weil wir hier im Hause - fast - alle so zufrieden sind – ist mein Redebeitrag heute auch personen- und - fast - angriffsfrei. Aber jetzt bitte keine falschen Spekulationen: Ich spreche hier nicht für Wiesbaden, alles ist offen. Heute spreche ich ganz gelassen nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber. Sie brauchen jetzt nicht hektisch mitzuschreiben, Sie können alles in Ruhe nachlesen unter www.gruene-giessen.de. Es lohnt sich. Im Text ist hinter jedem abgearbeiteten und umgesetzten Punkt des Koalitionspapiers ein Haken gesetzt.

Stadtentwicklung: Nicht wahllos, sondern gezielt: Dem Ziel einer kompakten und vernetzten Stadt wird Rechnung getragen, die Konversionsflächen wurden in die Planungen miteinbezogen, soweit dies bei Nichteigentümerschaft der Stadt Gießen überhaupt möglich war. Sämtliche Flächen wurden überplant, also Vorgaben gemacht, um Wildwuchs zu verhindern, sozusagen ein ‚Heuschreckenabwehrplan‘. Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10, einschließlich der Einstellung einer VE über 700.000 € ‚besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme‘. Von ‚Enteignung‘ wurde schon gesprochen. Was natürlich nicht stimmt. Und das bei dieser Koalition. Da war man platt. Dies ist ein Beweis dafür, der Erfolg hat sich schon eingestellt, dass wir Schließungen von Baulücken, die schon mehrere Legislaturperioden von welcher Regierungskoalition auch immer, als Problemfläche nicht abgearbeitet werden konnten, von dieser Koalition umgesetzt werden. damit ist mehr als dieser Punkt erfüllt. Stichwort Pfaffenpfad, es klingt allen noch in den Ohren. Trotz Allmachtansprüchen, Zuständigkeitsgerangel, Kirchturmdenken, Dickköpfigkeit, Ignoranz, Selbstdarstellungsgehebe einzelner, - so kann man auch Kritik anbringen - Koalitions- und Parteiengerangel über alle Parteien und Kommunen hinweg, schaffen wir eine Einigung, in der

Koalition, im Parlament, in der Region: Eine interkommunale Zusammenarbeit, Frau Koch-Michel, scheint möglich zu werden, die Notwendigkeit der Reduzierung des Flächenverbrauchs und eines nachhaltigen Siedlungsmanagements und die Verhinderung von Landschaftszerstörung, entsprechend dem REFINA-Projekt, wird erkannt. Das sind Planungen für die nächste Generation und nicht nur für eine Legislaturperiode. Eine nachhaltige Politik mit Zukunftsvisionen. - Abgehakt.

Wohngebiete wie Schlangenzahl, die wir als Grüne zwar nicht verhindern haben, aber in ihrem Ausmaß immer skeptisch gesehen haben, werden zum Erfolgsschlager. Die Gefahren der verkehrlichen Entwicklung haben wir gesehen und daher sofort neue verkehrsreiche Trassen verhindert. Die Carl-Frantz-Str. ist und bleibt weiterhin eine Sackgasse, Entlastungen für die Robert-Sommer-Str. sind nach der Umsetzung, der Fertigstellung des Biomedizinischen Institutes vorgesehen. Durch hier geplante Parkflächen und Parkhäuser im Klinikum - eines ist bereits fertig - wird eine Entlastung des Parksuchverkehrs in diesem Viertel geschaffen. - Abgehakt

Ohne großes Aufheben haben wir erwirkt, dass bei der Planung der für das neue Ärztezentrum und das St. Josefs-Krankenhaus keine ebenerdigen Parkplätze den Park hinter dem Krankenhaus unnötig verkleinern. Die Parkplätze kommen unter die Erde.
Ökologische Maßnahmen am Bau des Rathauses werden umgesetzt. Erlauben Sie mir, dass ich nicht weiter auf das Rathaus eingehe. - Abgehakt
Ganz allgemein, das können wir tun. Es hat mich ja gefreut, dass Die Linke zugegeben hat, dass sie mal für ein Kulturrathaus war. Das ist es weiterhin geblieben, das Kulturrathaus und das wissen auch alle, dass wir, wir Rot/Grün mal dieses Rathaus wollten. Aber noch unter anderen Kautelen. Also, da wäre ich vielleicht nicht so glücklich geworden, was daraus geworden wäre. Gut, ganz allgemein, ökologische Standards sind wieder Bestandteil in der Bauleitplanung. - Abgehakt

Seltersweg: abschnittsweise Sanierung einschließlich Kreuzungsbereiche. Stichwort:
Kreuzplatz: Auch wenn dieses Thema zwischenzeitlich auf Grund der Abwesenheit vieler GießenerInnen in den Sommerferien, der Überbrückung der pressetechnisch ‚Saure Gurken Zeit‘ und die dem Mittelhessen/in tief innewohnende Skepsis gegenüber Neuem und seinem eigenem Kulturverständnis, zu einer Provinzposse zu verkommen drohte, wird dieser Bereich den Erfordernissen und dem Geschmack des Schlammbeisers - das meine ich nicht ironisch - gerecht werden. - Abgehakt.

Der Katharinenplatz ist umgestaltet worden. - Abgehakt
Umgestaltung Ludwigsplatz ist eingeleitet worden. - Abgehakt

Verkehr/Umwelt

Wir reden nicht nur von der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs, wir setzen es auch um, Sie haben es schon gehört:

Radwegeverbindung an verschiedensten Stellen. - Abgehakt

Einrichtung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Radverkehr - Abgehakt

Ansprechpartner/in für Belange des Rad- und Fußverkehrs - Abgehakt

Deutliche Verbesserung der Fahrradabstellmöglichkeiten in der Innenstadt - Abgehakt

Anbringung von Infoschilder auf überörtlichen Radwegen - Abgehakt

Fortschreibung des Energieberichtes bis hin zum Klimabündnis - Abgehakt

Soziales/Frauen Sie haben es eben schon ausführlich und eindrucksvoll gehört und vieles was nachher kam.

Neubau der Kita ‚Am Kaiserberg‘ in der Marburgerstraße mit der Konzeption
‚Familienzentrum‘ - Abgehakt
Kita Schlangenzahl, Planungen laufen - Abgehakt
Zusätzliche Erzieherinnen-Stellen bereits 6 umgesetzt - Abgehakt
Wir haben noch vier Jahre Zeit meine Damen und Herren, da oben auf die 13 oder 15 zu
kommen, oder vielleicht sind es dann 18.
Mittel für Supervision in den Kitas und beim Jugendamt erhöht - Abgehakt
Konzept zur Straßensozialarbeit der Obdachlosen- und Trinkerszene - Abgehakt
Sprach- und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten. - Abgehakt
Barrierefreies Internet-Informationsangebot für Menschen mit Behinderung. - Abgehakt

Zum Thema ZAUG nur soviel: Wir haben für das, was den Gesellschafter Gießen angeht,
unsere Linie gehalten. Die Zuständigkeit liegt beim Kreis. Trotzdem befassen wir uns auch mit
den vertraglichen und finanziellen Problemen der ZAUG GmbH. Dies versuchen wir nicht zu
einem parteipolitischen Streit in Kommune und Kreis verkommen zu lassen, sondern sind um
eine einvernehmliche Lösung auf allen Ebenen bemüht. Nur deshalb werden wir heute dazu
keine Stellungnahme abgeben. Im Haushaltspan der Stadt Gießen haben wir das Nötige
getan und werden es weiterhin tun. Koalitionspapier - Abgehakt.

Meine Damen und Herren, möchte hier im Hause jemand behaupten, wir würden
haushaltspolitisch und inhaltlich soziale Probleme ausklammern, die auf der Ebene der
Kommune zu lösen sind ? Hartz 4 Gesetzgebung können wir hier nicht verändern, vielleicht
schafft dies ja bald eine auf Bundesebene regierungsfähige Linke Ich würde sagen, bei dem
was gesetz- und haushaltstechnisch möglich ist, leisten wir Maximales hier mit dieser
Koalition. Ein für die Stadt und insbesondere für uns Grüne bedeutendes Thema sollte uns nun
endlich zur politischen Aufgabe zwingen. Die thermische Reststoffbehandlungs- und
Energieverwertungsanlage, kurz TREA. Trotz des etwas beschönigenden Namens war es nicht
gerade unser Herzenswunsch, eine solche Anlage zu bauen. Da es aber aus ökonomischen
und auch ökologischen Gründen Fernwärme, optimierte Müllentsorgung sinnvoll erschien,
sollte es aber nach dem ‚neuesten Stand der Technik‘ gebaut werden. Wenn es für Gießen das
Wort des Jahres gäbe, wäre es dies geworden. Eine vergleichbare Anlage mit
Schadstoffwerten, die soweit unter den gesetzlich geforderten liegen, gibt es wohl kaum mehr
in diesem Land. Wer nun den größten Anteil daran hat, darüber will ich jetzt nicht spekulieren.
Wir wissen es. - Abgehakt

Gründung der Gießen Marketing GmbH, genannt Stadtmarketing: Von fast allen Beteiligten
gewollt, hieß noch lange nicht auch umgesetzt. Es gab zu verschiedene Interessen der
Parteien, der potentiellen Gesellschafter wie der BID`s, des Vereins ‚Gießen aktiv‘ u. a. und
auch einzelner Personen der Stadtverwaltung. Entscheidende Punkte wie die
Mehrheitsbeteiligung, Finanzierung und die Absicherung des Personals wurden zufrieden
stellend geregelt. Wir haben es mit kritisch konstruktiver Begleitung auf die Beine gestellt, jetzt
muss es auf dem zugegebenermaßen holprigen Gießener Pflaster, mit gefährlichen
Schlaglöchern egoistischer Interessen, laufen lernen, um Gießen zur Trendstadt Hessens zu
machen. Last not least die Ehrenbürgerwürde für Horst-Eberhard Richter. Haarscharf an einer
Provinzposse vorbei, bedingt durch einerseits politischer Fehleinschätzung, andererseits
parteilichter Zweckentfremdung einer Ehrenbürgerschaft. Auch hier überlasse ich es dem
geneigten Zuhörer die Kausalitäten der Entscheidungsfindung zu hinterfragen. Diesen Punkt im
Koalitionspapier haben wir gerne und wiederum erfolgreich umgesetzt. - Abgehakt
Schaffung einer neuen Geschäftsordnung für die StV - Abgehakt

Meine Damen und Herren, ich habe noch keinen Ruf gehört, das ist schön, da kann ich in aller Ruhe mein Schluss- jetzt hätte ich fast gesagt Plädoyer halten. Meine Damen und Herren, ich möchte einmal wissen, welche wie auch immer gestaltete Koalition eine so rasche und konsequente Umsetzung eines Koalitionspapieres geschafft hätte? - Hören Sie doch bei der SPD mal zu .- Wenn man noch die erschwerten Bedingungen in der Anfangsphase bedenkt, in der durch wenig sinnhafte Aktionen der Oppositionsparteien, ich habe nicht unsinnig gesagt, dieser Koalition die Handlungsfähigkeit, insbesondere der Grünen, genommen werden sollte, haben wir in und für Gießen viel bewegt. Sogar manchmal über die Parteigrenzen hinweg. Unser auf Ausgleich gerichtetes politisches Handeln, immer die ökologischen und sozialen Ziele fest im Blick, hat sich als richtig erwiesen, sowohl in einer per se nicht unproblematischen Koalition als auch im Parlament. Wir haben nicht nur versucht, mit einer klaren Mehrheit im Parlament auf Teufel komm raus unsere Anträge durchzudrücken, sondern haben versucht bei sensiblen, d.h. bei eher nicht parteipolitisch relevanten stadtbezogenen Themen, große Mehrheiten zu finden. Ich will es einmal ganz einfach ausdrücken: Das Geheimnis des Erfolges dieser Koalition liegt darin, dass nur die besten Ideen einer jeden Koalition-Partei sich durchsetzen konnten, auch wenn es dem einen oder anderen aus ideologischen, haushaltstechnischen oder sonstigen Gründen zuweilen schwer fiel. Die weniger guten werden in den sehr konstruktiven Koalitionswunden abgefangen und landen in der Ablage P. So entsteht keine innere Blockade, die es in Gießen schon gegeben haben soll. Mit diesem zweckbezogenen Pragmatismus für Gießen konnten wir konstruktive und erfolgreiche Kommunalpolitik machen und werden es weiterhin tun. Wiesbaden ist weit weg.“

Stv. Möller, CDU-Fraktion:

„Herr Vorsteher meine Damen und Herren, ich werde mit Sicherheit das Zeitbudget nicht ausreizen, wir wollen ja sicher auch in der Tagesordnung noch weiter kommen. Vorhin sprach es - ich glaube der Kollege Scherer - an, übrigens das einzig neue heute Abend, was wirklich beeindruckt hat, nämlich Ihr Schweigen zu den Ausführungen der Sozialdemokratie in diesem Hause. Das wiederholt sich derart seit ein paar Jahren, dass man sich immer weniger Zeit nehmen muss um eine Haushaltsrede vorzubereiten, aufgrund der Tatsache, dass einen gewisse Systematik in der Haushaltsklarheit und in der Fortentwicklung dieser Stadt mittlerweile unübersehbar ist und wir nicht müde werden, das im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu betonen. Wir haben einen Haushalt wieder einmal seit 2001, in dem keine politischen Luftnummern vermerkt sind, sondern in dem sich strikt daran orientiert wird, was innerhalb eines Jahres auch realisierbar und umsetzbar erscheint. Von politischen Spielereien wie in der Vergangenheit vor dem Jahre 2001 wurde damals und wird heute erneut Abstand genommen. Ich bin an dieser Stelle schon einmal dankbar, dass die gesamte Koalition das in dieser Art und Weise auch als vernünftig erachtet. Wir haben den Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt und da möchte ich auch auf vergangene Zahlen bereits hinweisen. Es ist dem Magistrat und der Verwaltung im Rahmen eines Haushaltsvollzuges bislang stets gelungen ein anfängliches klar ausgewiesenes Defizit auch spürbar und vertretbar zu reduzieren. Und ich gehe davon aus, dass auch im laufenden Haushaltsjahr 2008 der Magistrat seine Arbeit in diese Richtung fortsetzen wird und das jetzt im Plan noch als deutlich hoch ausgewiesene Defizit in den Griff bekommen wird.

Wir haben im Prinzip seit ein paar Jahren immer zwei bis drei Themen maximal seitens der Opposition, die wir gebetsmühlenartig einmal im Jahr hier über uns ergehen lassen. Bei der Frage mit dem Rathaus, daran werden Sie nichts mehr ändern, das Rathaus wird fertig gestellt, egal wie häufig Sie das hier wiederholen. Der Punkt 2, die Mähr des Schuldenstandes bei gleichzeitigem Vergessen der eigenen Vergangenheit. Ich möchte auf beides kurz eingehen.

Frau Grabe-Bolz, bevor Sie wieder dazwischenrufen. Ich mache mir normalerweise bei Haushaltsberatungen, das ist der Vorteil, wenn man am Ende spricht, Notizen bei den Vorrednern, auf was man eingehen müsste. Ich habe heute interessanter Weise festgestellt, dass ich mir bei Ihnen überhaupt keine Notiz gemacht habe. Aber Notizen habe ich mir gemacht zu einer Aussage von Herrn Dr. Loheide, nämlich zu der Tatsache, zu der Frage, warum es Städten wie Marburg oder Wetzlar, gelingt deutlich Schulden abzubauen, warum es in Gießen in dieser Art und Weise nicht gelingt. Ein Teil der Begründung wurde auch bereits dargelegt. Wir haben erstens eine völlig anderer Struktur in dieser Stadt und zweitens haben wir in den anderen beiden Städten Gegebenheiten, die wir gerne hätten, aber nicht ‚herbeidiskutieren‘, schon gar nicht ‚herbeibeschießen‘ können. Wir haben in Marburg und in Wetzlar eine sehr gut funktionierende und laufende Infrastruktur in Form von Arbeitsplätzen, von Industriestandorten und Firmen. Alleine schon in Marburg sind ungefähr 60 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen zu verbuchen per anno und in Wetzlar 40 Millionen. Wenn wir solche Zahlen hier in Gießen hätten, hätten wir mit Sicherheit die gleichen Erfolge vorzuweisen. Insofern ist das relativierbar, wenngleich auch zu bedauern. Aber wir sind nun einmal in der Stadt Gießen, in einer Stadt wie sie ist, wie sie aus der Vergangenheit hervorgegangen ist, mit allen Vorkommnissen und allen Sachen, die vernachlässigt wurden in der Vergangenheit. Der zweite Punkt, bevor ich später noch einmal auf die Struktur in dieser Stadt eingehen, ist die Mähr, wir wären extremstverschuldet, bis hin zur völligen Unfähigkeit der politischen Gestaltung. Wie auch im letzten Jahr möchte ich dann doch noch einmal zwei, drei Zahlen gegenüberstellen, von der Vergangenheit und von Heute um das zumindest etwas zu relativieren. Wir hatten am Ende der rot/grünen Koalition im Jahre 2001, nimmt man die sogenannte Koch-Affäre mit hinein, 171 Millionen Euro Schuldenstand. Wir haben heute 192 Millionen, davon sind fest als Tilgung bis 2012 zugesichert 20 Millionen, die können wir abziehen, dann sind es 172 Millionen. Ich sehe keine horrende explodierende Schulden in dieser Stadt.

Ich sehe aber, dass es Rot/Grün und damals der SPD als maßgebliche Koalitionspartei in 16 Jahren gerade einmal gelungen ist, die Schulden um 20 Millionen zu reduzieren. Bis zu den 16 Jahren haben wir noch etwas Zeit, gönnen Sie uns diese Zeit, um das entsprechend in den Griff zu bekommen. Die spannende Frage ist, wenn man die beiden Zahlen gegenüberstellt, für was das Geld eigentlich ausgegeben wurde, oder in der Vergangenheit nicht ausgegeben wurde. Das sind Infrastrukturmaßnahmen, Gewerbegebiete, Baugebiete, Straßenbaumaßnahmen, Gehwegssanierung, und so weiter und so fort. Das ist alles nicht erfolgt. In dieser Zeit haben aber die eben erwähnten Städte investiert und zwar umfassend und umfänglich und haben unter anderem die Gunst der Stunde genutzt, nach 1989/1990, wo viele - gerade Logistikunternehmen - bereit waren, sich zentraler in dem neu entwickelten Deutschland mittendrin anzusiedeln, irgendwo ein Standbein zu bekommen Sie haben nicht den Weg nach Gießen gefunden. In Bad Hersfeld beispielsweise ist das viel besser gelungen. Das bedeutet, die Hausaufgaben, die über viele Jahre schlichtweg nicht gemacht wurden, holen uns heute ein. Wir arbeiten daran, das zu relativieren und wieder in den Griff zu bekommen und wir sind auf einem sehr guten Wege. Sie werden keinen Einzigen in dieser Stadt finden, außer er ist von Ihnen mittlerweile so gut vorbereitet, dass er auch nur noch herumnörgelt, der leugnen würde, dass diese Stadt baulich und entwicklungstechnisch auf einem hervorragenden Weg ist und sich in dieser Stadt seit einigen Jahren sehr viel mehr tut als in den Jahrzehnten zuvor. Wenn Sie das bedauern würden, wären Sie ein schlechter Gießener. Wenn Sie das bejammern würden, passt es zu Ihnen, aber leugnen können Sie es

nicht. Und auch im neuen Haushalt ist sehr wohl die Luft, weiter zu investieren, in Infrastrukturmaßnahmen und in die Zukunft unserer Stadt.

Ich möchte da einmal ein paar Punkte herausgreifen, die ich deshalb interessant finde, weil sie die Kontinuität dieser Politik schlichtweg darstellen. Für die vielgescholtene Fußgängerzone, wir haben da nachher auch noch einen Antrag dazu, 1,9 Millionen VE 170 000 im laufenden Haushalt - Erneuerung der Fußgängerzone - . Wir haben für den Bahnhofsvorplatz 400 000 Planungskosten VE 300 000 plus 300 000 noch einmal extra. Da geht es also auch voran, alles liegengelassen. Wir haben weiterhin für die Gehwege wieder 270 000 plus die gleiche Summe noch einmal in VE. Das bedeutet, wir sanieren weiter die Gehwege und die eingrenzenden Straßenbereiche. Wir haben hier Planungskosten drin für die Licher-Straße, die letzte verbliebene noch nicht sanierte Hauptstraße dieser Stadt, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, dass wir die früher oder später angehen. Jetzt geht die Planung los, so dass wir auch noch in absehbarer Zeit diese letzte verbliebene Erblast im Prinzip abarbeiten können. Wir haben das neue Sanierungsgebiet Mühlstraße mit 1,5 Mio im Haushalt. Wir haben die Konversionsplanung drin mit einer viertel Million. Den Technologiepark, die eine Seite fordert und schimpft, die andere setzt es schlichtweg um von 150 000 Euro. Bis hin zur Konrad-Adenauer-Brücke und dann sage und schreibe - um die Frage zu beantworten die vorhin jemand gestellt hat, was passiert mit der Neustadt, Soziale Stadterneuerung Nordstadt - erneut 1,2 Millionen Euro im Haushalt, in der Vergangenheit waren es 900 000.

Meine Damen und Herren, es ist also nicht die Rede davon, dass diese Stadt handlungsunfähig ist. Die spannende Frage dürfte sein, was hat man damals eigentlich mit dem Geld gemacht, wenn man es heute ablesen kann, was man mit dem Geld anstellen kann. Das ganze kombiniert mit einer Verwaltung, mit einem Magistrat, der mittlerweile beachtliches leistet in der Richtung Genehmigungszeiten, Genehmigungsverfahren und Planungsverfahren. Nichtsdestotrotz ist zur erwähnen, oder gerade deshalb zu erwähnen, dass wir in Gießen einen unheimlichen Boom haben an Privatinvestitionen. Nicht alles kann die Stadt bauen, nicht alles kann die Stadt investieren, nicht alles ist auch die Aufgabe einer Stadt. Die Stadt kann sich um die Infrastruktur kümmern und ist dann in der Hoffnung, mit ihren Möglichkeiten und ihren Möglichkeiten private Investoren davon zu überzeugen, in der Stadt Gießen schnell und gut bauen und Investieren zu können. Und dazu gehören nicht nur dieses ehemalige Tankstellengrundstück an der Molkestraße, dazu gehört auch der Flutgraben, wo sich endlich eine Lösung abzeichnet. Dazu gehört eben auch, und das hat Herr Scherer angesprochen und auch Herr Dr. Deetjen, die Lösung des Problems Südanlage. Ich möchte das Fass jetzt nicht wieder aufmachen, aber die Frage ist schon gerechtfertigt, warum nicht früher einmal zu diesen Maßnahmen gegriffen wurde, die Gesetzeslage hat sich seitdem nicht verändert. Ich bin guter Dinge, dass wir dort eine Lösung finden, zusammen mit einem Privatinvestor, der uns nun zeigt, das Engagement und die Planungen sind ja in Vorbereitung, dass wenn die politischen Weichenstellungen gestellt werden, entsprechend auch Privatinvestoren die Chance ergreifen können. Oder der Autohof. Ich finde es schon interessant, Herr Zippel jetzt muss ich Sie leider doch - mit einem Satz wenigsten - kritisieren. Wenn Sie der Meinung sind, wenn sich über so viele Jahre hinweg keine Autohof-Betreiber gefunden hat, möge man das doch umplanen. Ich mag mich irren, aber in meiner Erinnerung haben Sie das damals so mitbeschlossen und zwar auch vor dem Hintergrund auch der Arbeitsplatzproblematik und der Arbeitslosigkeitsstruktur in dieser Stadt. Wir brauchen verstärkt auch Jobs, Arbeitsplätze für Menschen mit geringer oder keiner Qualifizierung. Entsprechend gehen wir davon aus, dass wir in Gießen eine ähnliche Initialzündung bekommen werden wie in anderen Städten auch, dass mit Beginn eines Autohofes darum herum ein Markt an Arbeitsplätzen etablieren wird,

der dieser Stadt gut tun wird. Wir sind froh, dass sich nach vielen, vielen Diskussionen und vielen Rückziehern, seitens von Privaten doch noch jemand gefunden hat, der bereit ist, dort an dieser Stelle die Initialzündung zu machen und einen Autohof zu etablieren. Damit einhergehend wird die Entwicklung Rechtenbacher Hohl vorangehen und der vorhin erwähnte Technologiepark. Nicht unerwähnt bleiben soll aber die hilfreiche Haltung der Stadt Gießen und der Verwaltung und auch der vielgescholtene und meines Erachtens oftmals oder meistens zu unrecht kritisierte Stadtrat Rausch, bei der Beschleunigung und bei der Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren und den internen Gesprächen zur Vorbereitung von Großbaumaßnahmen. Wer sich die Stadt einmal ansieht, wird feststellen, dass die helfende Hand, das Angebot des Landes mit insgesamt 520 Millionen Euro für die Hochschulen nicht nur Papiertiger sind. Teilweise wird bereits gebaut, in ziemlich schneller Genehmigungszeit bereits beschlossen, teilweise werden jetzt die Planungen vorgestellt, so dass es in dieser Stadt auch ein Indiz dafür ist, dass die Stadt Chancen ergreift, die sie nutzt, und zwar Chancen ergreift über das Maß hinaus, was früher einmal denkbar gewesen wäre oder gemacht wurde. Schlängenzahl, ein guter Beweis für frühere Debatten, in dem partout kein Neubaugebiet ausgewiesen wurde, gleichermaßen aber bedauert wurde, dass Menschen ins Umland auswandern. Wir haben den Prozess etwas umgekehrt. Und wenn man sich betrachtet, wer am Schlängenzahl beispielsweise, in einem Gebiet was fast mustergültig am Markte ist, was sich in einem unglaublichen Tempo entwickelt hat, wo die Menschen sich Wohlfühlen, was Dorfcharakter hat, wer sich dort angesiedelt hat, der wird mit Überraschung und Genugtuung feststellen, sehr viele von außerhalb von Gießen. Das bedeutet, es ist Mär zu sagen, die Stadt Gießen wäre nicht attraktiv als Wohnort. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn eine Stadt auch diese Chancen sieht und entsprechende Vorbereitungen trifft und ein gewisses Baugebiet auch entsprechend ausweist samt Infrastrukturmaßnahmen. Die Stadt Gießen ist auf einem guten Weg und die Stadt Gießen ist handlungsfähig. Die Stadt Gießen wird einen neuen Haushalt haben, der diesen Weg weiter verfolgen lassen wird. Entsprechend bin ich guter Dinge, dass wir uns entsprechend positiv weiter entwickeln werden.

Aber zum Berliner Platz möchte ich dann doch 2, 3 Takte sagen. Auch wenn es anfängt zu langweilen. Dass die Sozialdemokratie zu verantworten hat, von 1987 bis 1996 beim Behördenhochhaus, was marode war, zu diskutieren statt zu sanieren und dann im Endeffekt einen Abriss hinnehmen oder beschließen musste, ist der eine Teil der Wahrheit. Der zweite Teil der Wahrheit ist, die Kostensteigerung im Rahmen des Baues wären großteils auch angefallen bei einem sogenannten ‚Sozialdemokratischen Schlichtbau‘. Ich erwähne da mal die Altlastensanierung, die fehlende Innenausstattung, die am Anfang der Planung gar nicht drin war, wo wir uns dann auch später entscheiden wollten, was wir jetzt machen. Die Renaturierung der Wiesbeck, die Gestaltung von Außenanlagen und die IT-Ausstattung. Das wäre alles auch bei anderen Planungen auf uns zugekommen, insofern ist das etwas zu relativieren. Da vorhin der Schlammbeißer schon einmal als Zitatgeber herangezogen wurde, möchte ich ihn auch gerne inhaltlich zitieren, es wurde nämlich auch gesagt, das hat die Frau Grabe-Bolz wahrscheinlich überhört, was ich auch verstehen kann. Wer 16 Jahre in der Stadt nichts gebaut hat, dem fehlt der Überblick auch über das, was nachher gebaut wird, was es kosten müsste. So ungefähr ging das jedenfalls. Das dürfte den Nagel auf den Kopf getroffen sein.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie hat nicht ein Erbe hinterlassen, an dem wir uns messen müssen, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben eine Stadt übernommen, die es neu zu gestalten galt und die viele Chancen hat verstreichen lassen mit allen negativen Aspekten, die wir heute auch im Haushalt ablesen können. Bis dahin zum

Sozialetat, wo immer behauptet wird, wir würden auf Kosten des Sozialerats andere Sachen bauen, das ist schlichtweg auch falsch. Mit 35,4 Millionen Euro liegen wir bei weitem über dem, was im letzten rot-grünen Haushaltsjahr angesetzt war. Wir haben nicht nur die Investitionen in Kindergärten verstärkt, wir haben auch die Bugwelle Betriebskostenzuschüsse abgebaut, das ist so etwas, was im Geheimen im Prinzip vor sich hingeklatscht ist, wo sich keiner so richtig darum gekümmert hat, auf Null gefahren. Das bedeutet, wir haben da sehr viele Anstrengungen übernommen, um diese Bugwelle endlich der Vergangenheit angehören zu lassen. Wir haben für die Schulen 48 Mio € im Haushalt stehen und ein Sanierungsprogramm von 56 Mio €. Handlungsfähigkeit allenthalben vorhanden. Wir haben das ICPB-Programm ausführlich genutzt an allen Schulen, mit teilweise sehr großen Anteilen der Stadt, teilweise alleine finanziert, teilweise mit einer prozentualen Beteiligung. Meine Damen und Herren, ohne Einschnitte in die Bildung, in die Sozialstruktur, in den Sozialetat oder ins Personal, gelingt es uns seit Jahren, mit dem im Verhältnis zu anderen Städten durchaus bescheidenen Möglichkeiten, Weichenstellungen für die Stadt in eine vernünftige und gute Zukunft und in eine bessere Haushaltssituation zu stellen. Dies alles beruht auf einem sehr konstruktiven Verhältnis zwischen dem Magistrat, der Verwaltung, potentiellen Investoren und dem Lande. Dies alles beruht aber auch auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Koalition im Hintergrund und als Rückenstärkung des Magistrats. Wenn man lebhafte Diskussionen des Magistrates zum Anlass nimmt, diesen bloßstellen zu wollen, dann mag man sich erinnern an vergangene Zeiten wo sich Magistratsmitglieder gegenseitig verklagt haben. Mir ist ein lebhafter Magistrat, der am Ende zu einer vernünftigen Einigung kommt lieber, als ein Magistrat, der sich gegenseitig zum Schweigen verklagt und an keiner Fraktionssitzung im Endeffekt mehr teilnimmt. Ich glaube, dass wir mit diesem Magistrat sehr gut fahren und ich bin auch der Überzeugung, dass wir durch den Magistrat und mit dem Magistrat und mit der motivierten Verwaltung im Hintergrund auf einem guten Wege sind. Diese Koalition macht eine gute Arbeit, wir haben einen vernünftigen Haushalt und dieser Haushalt 2008 wird Grundlage sein für unsere politische Arbeit. In dem werden sich alle drei Koalitionsfraktionen wiederfinden, ebenso wie der Magistrat. Ich bedanke mich an dieser Stelle und abschließend für Ihre Aufmerksamkeit, für die Verwaltung, für den Magistrat und für die beiden Kollegen aus den Koalitionsfraktionen für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit.“